

Kelm, Ricardo

Article — Published Version

Befragung der multiplen Wissenskrise: Radikale Demokratiethorie als Praxis kritischer Normativität

Politische Vierteljahresschrift

Provided in Cooperation with:

Springer Nature

Suggested Citation: Kelm, Ricardo (2025) : Befragung der multiplen Wissenskrise: Radikale Demokratiethorie als Praxis kritischer Normativität, Politische Vierteljahresschrift, ISSN 1862-2860, Springer Fachmedien Wiesbaden, Wiesbaden, Vol. 67, Iss. 1, pp. 1-30, <https://doi.org/10.1007/s11615-025-00589-8>

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/338935>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.



<https://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>



Befragung der multiplen Wissenskrise: Radikale Demokratietheorie als Praxis kritischer Normativität

Ricardo Kelm 

Eingegangen: 10. Mai 2024 / Überarbeitet: 8. November 2024 / Angenommen: 6. Januar 2025 / Online publiziert: 3. März 2025
© The Author(s) 2025

Zusammenfassung Die multiple Wissenskrise der Gegenwart setzt Demokratie und Demokratietheorie unter Druck. Insbesondere radikaldemokratische Ansätze müssen sich in diesem Kontext mit dem Vorwurf konfrontiert sehen, demzufolge „wahrheits-skeptische“ Ansätze, die sich zu einem kontingenzzentrierten und damit postobjektivistischen Wahrheitsbegriff bekennen, jener Krise Vorschub leisteten. In diesem Beitrag argumentiere ich gegen diese Sichtweisen, dass gerade jene für die Radikale Demokratietheorie konstitutive postfundamentalistische Denkbewegung einen kritisch-normativen Befragungsmodus eröffnet, durch dessen Linse die ambivalenten Diskurse der Wissenskrise hinsichtlich ihrer demokratiesubversiven Potenziale entblößt werden können. Hierzu führe ich die Radikale Demokratietheorie als Praxis kritischer Normativität ins Feld, indem ich sie am diskursiven Nexus zwischen der Ablehnung universeller Normativität einerseits und der Notwendigkeit normativ-kritischer Positionierung andererseits situiere. Das Kernargument lautet folglich, dass Radikale Demokratietheorie als kritische Praxis keineswegs ein Feld epistemischer Beliebigkeit aufspannt, bloß weil sie auf die sozialhistorisch-politische Gewordenheit von Wissensordnungen hinweist. Vielmehr kann sie gerade dank der durch sie konzeptualisierten konstitutiven Offenheit des Politischen als befragende Praxis sowohl gegen das „Post-truth“-Regime als auch seine zeitgenössischen Gegenepistemisierungen in Stellung gebracht werden.

Schlüsselwörter Politische Theorie · Post-Truth · Verschwörungsnarrative · Wahrheitsskeptische Ansätze · Kritik

✉ Ricardo Kelm

Fakultät für Soziologie, Universität Bielefeld, Universitätsstraße 25, 33615 Bielefeld, Deutschland
E-Mail: ricardo.kelm@uni-bielefeld.de

Interrogating the Epistemic Multi-crisis: Radical Democratic Theory as a Practice of Critical Normativity

Abstract The contemporary multiple knowledge crisis sets under pressure both democracy and democracy theory. Radical democratic approaches in particular must see themselves confronted with the accusation according to which “truth-sceptical” approaches, embracing a contingency-centred and hence post-objectivist conception of truth, fuelled this very crisis. In this article, I argue, contrary to these views, that it is precisely the post-fundamentalist movement of thought constitutive of radical democratic theory that opens up a critical-normative mode of questioning through whose lens the knowledge crisis’ ambivalent discourses can be exposed with regard to their democracy-subversive potentials. To this end, I establish radical democratic theory as a practice of critical normativity by situating it at the discursive nexus between the rejection of universal normativity on the one hand and the necessity of critical-normative positioning on the other. The core argument holds that radical democratic theory as a critical stance does by no means generate a realm of epistemic arbitrariness, simply because it points to the socio-historical-political emergence of knowledge orders. Instead, precisely because it conceptualizes the constitutive openness of the political, its inception as a questioning practice against both the “post-truth” regime, as well as its contemporary counter-epistemisations is rendered possible.

Keywords Political theory · Post-truth · Conspiracy narratives · Truth-sceptical approaches · Critique

1 Einleitung: Die demokrati(etheoretischen) Herausforderungen der multiplen Wissenskrise

Die multiple Wissenskrise setzt sowohl gegenwärtige Demokratien als auch die sie stets begleitenden Demokratietheorien unter Druck. Die Symptome des „post-faktischen Zeitalters“, die sich in „Desinformation“, „Fake News“ sowie populistischen und verschwörungstheoretischen Denkbewegungen äußern, begründen dabei ein komplexes und jüngst auch als solches diagnostiziertes Spannungsverhältnis zwischen *Demokratie und Wahrheit* (Vogelmann und Nonhoff 2021a). Die aus diesem Spannungsfeld erwachsende Herausforderung, einen demokratietheoretischen Zugriff auf die Alternierung epistemischer Ansprüche zu finden, erscheint dabei – betrachtet man Teile der gegenwärtigen Diskussion – beinahe utopisch. Erstens, so ein aktuelles Argument, befinde sich das weite Feld der Demokratietheorie in einer Sinnkrise, die über die bloße „Dynamisierung des Demokratiebegriffs“ hinauszugehen scheint (Buchstein und Jörke 2003, S. 493). So jedenfalls argumentiert Veith Selk jüngst in seinem vieldiskutierten Buch *Demokratiedämmerung*, in welchem er die These der soziopolitischen „Devolution“ aufstellt, von der die Beobachtung einer „Zunahme an Differenzierung und sozialer wie politischer Komplexität“ (Selk 2023, S. 22) als folgenreichste, nämlich besonders demokratieaverse, vermutet werden könne. Hieraus leitet er nicht nur ein radikales Performanzproblem

der „realen“ (westlichen) Demokratie, sondern niederschmetternderweise vielmehr *sämtlicher* gegenwärtiger Demokratietheorien – von liberalen bis hin zur Radikalen Demokratietheorie (RDT) – ab. Insbesondere Letztere hat dabei – dem Impetus einer kritischen Zeit- und Demokratiediagnose folgend – in den vergangenen Jahren an Popularität gewonnen (Comtesse et al. 2019; Flügel-Martinsen und Martinsen 2023). Ihre Zielsetzung der Befragung gesellschaftlicher Machtverhältnisse durch die Linse eines kontingenzzentrierten und mithin wahrheitsskeptischen Blicks auf das Politische (Martinsen und Flügel-Martinsen 2021, S. 102) erscheint hierbei im ersten Moment, führt man Selks Argument der Potenzierung der Geltungsansprüche in Richtung einer regelrechten „Zersplitterung der Wissensansprüche“ (Wischner 2023, S. 22) fort, kontraproduktiv: Tatsächlich, und zweitens, scheint die wachsende Sichtbarkeit postfundamentalistischer Theoriediskurse wie der RDT (Marchart 2013a) derzeit exakt diejenigen Stimmen neu erklingen zu lassen, die ihnen den Vorwurf machen, jene Krise zu katalysieren. Demnach stelle ihre Tendenz zum wahrheitsrelativistischen Denken erstens ihren Willen infrage, dem Prozess der Wissenspluralisierung überhaupt etwas entgegenzusetzen, da sie selbst die Vorstellung universeller normativer Maßstäbe, die zwischen „gutem“ und „schlechtem“ Wissen zu unterscheiden befähigt wäre, *ad acta* legen. „Wissen“ und „Wahrheit“ könnten damit bedeuten, „whatever people want them to mean“ (Nichols 2017, S. 156). Die ihnen eingeschriebene Relativierungslogik mache es ihnen damit zweitens sogar unmöglich, Objekte wie „Wissen“ und „Wahrheit“ auf rationale Weise zu erfassen: Ihre kritische Zielsetzung stelle damit nichts weiter als einen inhärenten „Zynismus“ dar, der ihre Handlungsfähigkeit faktisch regelrecht abbinde (Boghossian 2013, S. 138). Nicht nur tendierten die immer beliebter werdenden „postobjektivistischen“ Theorien damit schließlich zum „Post-Wissenschaftlichen“ (Cizek 1996, S. 232); vielmehr kultivierten sie aufgrund ihres fehlenden *Willens* und ihrer mangelnden *Fähigkeit* zur Positionierung auch die Entstehung demokratiesubversiver, alternativer epistemischer Gemeinschaften (Adler und Faubert 2022).

Vertreter*innen der RDT sehen sich folglich einem Dilemma ausgesetzt: Einerseits wird ihnen explizit mitunterstellt, aufgrund ihrer Prämissen dem Postfaktischen Vorschub zu leisten. Zweitens äußert sich aber gerade in diesen Angriffen jene Logik des Postpolitischen, die im Zentrum radikaldemokratischer Kritik steht (Mouffe 2007): Es sind demnach diese vorwurfsvollen, als neofaktisch zu bezeichnenden Diskurse, die den Rückzug in neopositivistische Gefilde befördern, indem sie die Sehnsucht nach echten Wahrheiten, ultimativen Fakten über die Welt und einer damit einhergehenden Reszientifizierung der Politik mobilisieren (Rüb und Straßheim 2012). Nicht nur Post-Truth selbst wird aus dieser Perspektive zur Herausforderung für die Demokratie der Gegenwart, sondern auch die gegen sie gerichtete epistemisierende Reaktion, die unter dem Deckmantel des Objektiven und Rationalen einen apolitischen Raum des „Faktischen“ zu schaffen sucht (Bogner 2023; Farkas und Schou 2024). Insbesondere die aus dieser Reaktion erwachsenden Alternativlosigkeitsdiskurse sind es, die den Rückzug in das Postfaktische, samt seiner demokratiesubversiven Potenziale, überhaupt erst ermöglichen.

In Anbetracht dieser mehrfachen Herausforderungen, mit denen sie sich konfrontiert sieht und sehen muss, plädiere ich in diesem Beitrag für die Notwendigkeit der Befragung der multiplen Wissenskrise durch die spezifische Perspektive der RDT.

Indem ich sie als Praxis der kritischen Normativität¹ ins Feld führe, schlage ich eine Lesart ihrer vor, die die Pluralisierung von Wissensordnungen einerseits zwar als konstitutives Merkmal des Sozialen auffasst, diesen Prozess der Herstellung alternativer Wissens- und Wahrheitsformationen dabei aber keineswegs als einen der normativen Beliebigkeit stehen lässt. Vielmehr ist die RDT in diesem Kontext als „both critical of the normative *and* deeply normative“ (Farkas und Schou 2024, S. 13) zu würdigen – und somit nicht nur anschlussfähig, sondern vielmehr notwendig, um eine Kritik an denjenigen Wahrheitssemantiken zu artikulieren, die seit einigen Jahren unter dem Begriff des Postfaktischen – hier später am Beispiel von Verschwörungsnarrativen illustriert – samt seiner Gegenbewegungen firmieren. Die kritisch-radikaldemokratische Durchleuchtung sowohl postfaktischer als auch der ihnen antagonistisch entgegenstehenden neofaktischen Diskurse wird dabei ihre *jeweiligen* demokratiesubversiven Semantiken offenlegen und insbesondere zentrale Annahmen der Letztgenannten als demokratieaverses Projekt paradoxieren.

Um dieses Argument zu entwickeln, gehe ich in vier Schritten vor: Zunächst konturiere ich die Prämissen der RDT vor dem Hintergrund der gegenwärtigen, multiplen Wissenskrise. Auf Grundlage der in diesem Zusammenhang geäußerten Kritiken, mit denen sich die RDT konfrontiert sehen muss und denen zufolge jenes Theoriekontinuum eine Mitschuld am gegenwärtigen „Post-truth-Regime“ trage, entwickle ich drei leitende Gegenthesen (Abschn. 2), bevor ich ein Argument entwickle, das die RDT als eine Praxis kritischer Normativität konzipiert, die sich gerade nicht einer vollständigen Beliebigkeit potenzieller Wissensordnungen hingibt, sondern vielmehr die Notwendigkeit der normativ-kritischen Befragung in den Mittelpunkt rückt (Abschn. 3). Sie unterscheidet sich dabei von anderen normativen Demokratietheorien² darin, dass sie die Kontingenz ihrer eigenen Befunde aktiv be- und hinterfragt – und daraus einen normativ-kritischen Standpunkt herauszuarbeiten im Stande ist, unter dessen Linse die ambivalenten Wissensformationen der gegenwärtigen multiplen Wissenskrise der kritischen Exploration zugeführt werden können. Eine solche Perspektive, so mein Resümee, erscheint in Anbetracht dieser Krise dringender denn je (Abschn. 4).

¹ Der Begriff des Normativen erfährt in der gegenwärtigen RDT dabei eine immanente Ambivalenz, wie ich im Verlauf des Aufsatzes zeigen werde.

² Mir ist dabei bewusst, dass der jüngste Diskurs um die RDT in Teilen seine Schwierigkeiten damit hat, sich als Typus normativer Demokratietheorie zu bezeichnen (oder bezeichnen zu lassen; siehe Flügel-Martinsen 2022a; Flügel-Martinsen und Martinsen 2023). Dennoch möchte ich argumentieren, dass der der RDT eingeschriebene, normative Impetus, sofern kohärent und explizit kritisch gelesen, enormen demokratietheoretischen Mehrwert in Zeiten der multiplen Wissenskrise bietet.

2 Radikale Demokratietheorie: Kontingenz, das Politische und die Befragung

Radikale Demokratietheorien³ sind, wie oben erläutert, längst keine Randerscheinung mehr. Der Eindruck, wonach sie selbst allmählich Teil des demokratietheoretischen „Mainstreams“ sind, lässt sich damit zumindest nicht völlig von der Hand weisen. Gleichwohl bewirkt diese merklich wachsende Sichtbarkeit „wahrheitsskeptischer Ansätze“ (Martinsen und Flügel-Martinsen und Flügel-Martinsen 2021, S. 102) gerade im Kontext demokratietheoretischer und -praktischer Fragen nach dem Umgang mit dem Postfaktischen jüngst entsprechende Abwehrreaktionen aufseiten derer, die in den vergangenen Jahren eine „epistemic crisis“ (Hoggan-Kloubert und Hoggan 2023) diagnostisch auf die Ausweitung eben derjenigen Theorien zurückführen, die einem objektivistischen Wahrheitsverständnis⁴ explizit entgegengetreten. Um diese Sichtweise zu entkräften, erfasse ich im folgenden Abschnitt die Konturen der RDT, indem ich sie in den Kontext der gegenwärtigen Wissenskrise setze und dabei drei leitende, an den oben skizzierten neofaktischen Kritiken ansetzende Gegenthesen entwickle.

Als Ausgangspunkt dieses Umrisses kann dabei zunächst die für die RDT weitreichende Unterscheidung von Politik und Politischem herangezogen werden, wenngleich ihre konkreten Ausprägungen fortlaufend Gegenstand unterschiedlicher theoretischer Ausarbeitungen waren und sind (Marchart 2013b, S. 13–16). Ich recurriere an dieser Stelle auf die Unterscheidung, wie insbesondere Chantal Mouffe sie popularisiert hat:

„Mit dem ‚Politischen‘ meine ich die Dimension des Antagonismus, die ich als für menschliche Gesellschaften konstitutiv betrachte, während ich mit ‚Politik‘ die Gesamtheit der Verfahrensweisen und Institutionen meine, durch die eine Ordnung geschaffen wird, die das Miteinander der Menschen im Kontext seiner ihm vom Politischen auferlegten Konflikthaftigkeit organisiert“ (Mouffe 2007, S. 16).

Diese Unterscheidung zwischen „Politik“ als gewissermaßen „empirische“, etwa normativ-institutionelle Ausgestaltungsform bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse zu einem gegebenen Zeitpunkt und dem „Politischen“ als die konstitutiv streithafte und unabgeschlossene Verfassung des Sozialen verweist dabei, in Anschluss an Ernesto Laclau, auf die politisch-historische Gewordenheit von Gesell-

³ Wenngleich es keine völlig homogene Theorie radikaler Demokratie, sondern vielmehr eine entsprechende Theoriefamilie gibt, spreche ich nachfolgend von „der RDT“, indem ich übergreifende und für diese Ausarbeitung relevante Prämissen herausstelle.

⁴ Mit „Objektivismus“ bezeichne ich nachfolgend und ohne Anspruch auf vollständige Abbildung jener disparaten, auch als „Neo-Positivismus“ bezeichneten Denklinie eine Wissens- und Wissenschaftsphilosophie, die sich auf drei grundlegende Prämissen stützt: Erstens die Annahme einer Welt, die insofern „objektiv“ sei, als ihre Bedeutung jenseits sozialer Praxis feststehe. Zweitens die Annahme der Verfügbarkeit angemessener Methoden, mit deren Hilfe jene Welt erfassbar sei. Drittens die Universalität dieser Methoden in der Verfügbarmachung jener Welt, soweit sie auf direkter Kognition basierten (Pera 2000, S. 50). Ich verwende diesen Begriff nachfolgend, um jene Sichtweise im spezifischen Kontext der Wissenskrise von dem reflexiven Ansatz der RDT zu unterscheiden.

schaften: Nach der von ihm vorgeschlagenen Unterscheidung zwischen den Sphären des *Sozialen* und des *Politischen* umfasst Erstere dabei all jene gesellschaftlichen Strukturen (etwa Ideologien samt ihrer Kategorien), die soweit *sedimentiert* wurden, als ihre politisch-streithafte Herstellung verdeckt wird. Sie werden demnach als „gegeben“ und „unveränderlich“ akzeptiert. Das Politische hingegen markiert den Moment der *Reaktivierung*, also der krisenhaften Durchbrechung scheinbar gegebener Ordnungsmuster, und offenbart somit die Möglichkeit ihrer Umgestaltung (Laclau 1990, S. 34–35). Politik findet in diesem Sinne als Vermittler zwischen Sozialem und Politischem statt: Sie etabliert im Raum des Politischen eine soziale Ordnung, die Alternativen exkludiert (Mouffe 2007), und markiert zugleich jene, auf Exklusion beruhende Gewordenheit des Sozialen, die die Umgestaltbarkeit zugunsten jener, die marginalisiert werden, offenlegt. Diese Durchbrechung stellt, wie Jacques Rancière argumentiert (2002), den „raison d’être“ der Demokratie dar. Vor dem Hintergrund dieses postfundamentalistischen Verständnisses des Politischen, das weder eine ultimativ letzte Ordnung noch eine vollständige Absenz temporärer Festsetzungen zulässt (Laclau und Mouffe 2020, S. 230), lassen sich nun, wie Comtesse et al. (2019, S. 13–15) zeigen, drei elementare und verwobene Merkmale der RDT ausweisen: erstens ihr Bekenntnis zu radikaler Kontingenz, zweitens ihr Verständnis des Sozialen als konstitutiv streithaft und drittens ihr *Modus Operandi* der kritischen Befragung.

2.1 Die Kontingenz des Sozialen und die Politisierung der Wahrheit

Die RDT plädiert dafür, Gesellschaften in all ihren Elementen als inhärent *kontingente*, also politisch-historisch emergente, aber keineswegs notwendige, aus transzendentalen Umständen ableitbare Systeme zu verstehen. Kontingenz verweist damit gleichsam auf die streithafte Herstellung *und* prinzipielle Umgestaltbarkeit gesellschaftlicher Ordnung im Zuge politischer Auseinandersetzungen, die sich temporär in (stets exkludierender und damit machtausübender) Politik manifestieren. Die „Abwesenheit eines letzten Grundes“ (Marchart 2013b, S. 9) verunmöglicht finale Aussagen sowohl über „wahr“ und „falsch“ (Dimension des Wissens) als auch über „gut“ und „böse“ (Dimension des Normativen). Vielmehr ist das Soziale in sich politisch, das heißt streithaft verfasst. Diese Kontingenzdiagnose verweist somit auf den notwendig politisierenden Gehalt demokratischer Praxis, die auch – oder vor allem – Wahrheitsmonopole betrifft.

Im Kontext der multiplen Wissenskrise, in deren Verlauf „Wahrheit“ selbst zum Verhandlungsgegenstand wird, lässt sich jene Politisierung sowohl genealogisch als auch aus Sicht ihrer Skeptiker*innen mit jenem diskursiven Kontext in Verbindung setzen, der gemeinhin als „die Postmoderne“ bezeichnet wird. Dieser Begriff lässt sich dabei allerdings weder auf einen bestimmten inhaltlichen Befund kondensieren noch auf einen eindeutigen Fixpunkt zurückdatieren. Das Kernanliegen des *Post-modern Turn* (Seidman 1994b) soll daher nachfolgend primär auf die mit ihm einhergehende epistemologische Verschiebung hin zentriert werden. In diesem Zusammenhang fällt regelmäßig der Name Jean-Francois Lyotards, dessen Ausrufung der

Postmoderne in seinem im Original 1979 erschienenen Buch *La condition postmoderne*⁵ bis in heutige Debatten hineinwirkt. Hier formuliert Lyotard eine Kritik an den gängigen „Metanarrativen“, auf denen sich die „modernen“ Wissenschaften stützen. Insbesondere stößt er sich an dem seit der Aufklärung hegemonialisierten Narrativ der Rationalität, das ihnen weitreichende Legitimität als autonome Wissensautorität verschaffte (Lyotard 1994, S. 14–15, 32–33). Als Gegenentwurf zur „Moderne“, dessen Metanarrative der Wissenschaft eine auf unerschütterlichen Fundamenten beruhende Immunität verschaffte, stellt „die Postmoderne“ eine radikale Abkehr von einer selbstreferenziellen, ihre eigene Kontingenz verdeckenden Wissenschaft dar. Das Kernargument einer „postmodernen“ Durchleuchtung der Geltungsgründe wissenschaftlicher Autorität als „today’s hegemonic institution of truth“ (Badino und Omodeo 2021, S. 1) liegt, kondensiert ausgedrückt, darin, dass sie eben nicht hegemonial ist, weil sie über rational erfassbare, erhabene Methoden oder eine, über das Alltagswissen weit hinausgehende Qualität ihrer Systematizität verfüge (Hoyningen-Huene 2009, 2013), sondern weil sie mit spezifischen (hegemonialen) Strategien operiert, über die ihr historisch eben jene Erhabenheit und Autorität zugeschrieben wurde. Die Konsequenz dieser Offenlegung ist folglich ein „blurring of the old boundaries between a supposed ideology-free history of ideas and an ideology-loaded social history of science“ (Nieto-Galan 2011, S. 453). Wissenschaft wird ihrer Unantastbarkeit, ihrem Metanarrativ der rational erreichbaren Objektivität beraubt und in das Feld des Sozialen – und somit auch des Politischen – zurückverwiesen, mit reichhaltigen Konsequenzen für das Verständnis von Wissen und Wissenschaft an sich: „As disciplinary boundaries and the line between science and nonscience blur, as claims to universal knowledge lack credibility, as knowledges are viewed as interlaced with rhetoric and power, the very meaning of knowledge is changing“ (Seidman 1994a, S. 2). Indem Wissen als durch Machtkontexte statt objektiver Erkenntnis produziert verstanden wird, verliert auch die ihr gewidmete Wissenschaft ihren epistemischen Thron. Sie muss ihre exponierte Position nunmehr legitimieren, ohne auf Letztbegründungen zu verweisen: Sie wird politisch. Es dürfte schnell deutlich werden, dass insbesondere jene, die sich zu rationalistisch-objektivistischen Wissenschafts- und Wahrheitsverständnissen bekennen, Schwierigkeiten mit einem solchen Vorschlag haben.⁶

Typische und keineswegs neue Leitfragen, die Skeptiker*innen eines solch politisierten Wahrheitsverständnisses, das mit dem „Auseinanderfallen bekannter Be-

⁵ Zu Deutsch *Das postmoderne Wissen: Ein Bericht*, nachfolgend zitiert nach Lyotard (1994).

⁶ Wenngleich die Programmatisierung postmodernen Denkens nicht übersehbaren Einzug in kritische akademische Diskurse erfahren hat (Shapiro 1992), so ist eine Gleichsetzung von nichtobjektivistischen Theorien und „der Postmoderne“ schlicht unzulässig: Insbesondere Michel Foucault (2005, S. 334), dessen wissensgenealogischer Ansatz eine regelmäßige Zuordnung zum „postmodernen Denken“ zur Folge hat (Kneer 2013, S. 265), formulierte höchst kritische Einwände gegen dieses Etikett. Dass jene Theorien nicht ohne Weiteres mit „der Postmoderne“ gleichzusetzen sind, zeigt sich zudem exemplarisch an der rigorosen Ablehnung dieser Zuordnung durch die kritische Feminismusforscherin Seyla Benhabib, wenn sie konstatiert: „The postmodernist position(s) thought through to their conclusions may eliminate not only the specificity of feminist theory but place in question the very emancipatory ideals of the women’s movements altogether“ (Benhabib 1995, S. 20). Der „postmoderne“ Impetus der Auflösung aller Fundamente unterminiere demnach alle potenziellen Festsetzungen und entziehe damit einem kritisch-emanzipatorisch-feministischen Gegenprojekt *a priori* das Handlungsterrain (Benhabib 1995, S. 29).

zugsgrößen“ und der Erschütterung des vormals sicher Geglaubten einhergeht (Diez 2003, S. 492), stellen, lauten etwa: Was kann überhaupt noch gewusst werden, wenn alles Wissen kontextuell oder gar subjektiv sei (Cizek 1996, S. 232)? Muss die Wissenschaft nicht um jeden Preis geschützt werden, um einer Politisierung und damit Beliebigkeit von Wissensformationen entgegenzuwirken (Cizek 1996, S. 233)? Dass diese Fragen im Zeitalter des Postfaktischen (Fuller 2018) neue Konjunktur erlangen, scheint dabei in Anbetracht der immer offener und radikaler zutage tretenden politischen Erosionen der Gegenwart zunächst durchaus intuitiv. Schnell denken wir hier an Donald Trump, der das *Buzzword* „Fake News“ (Farkas und Schou 2018, S. 232) zu seinem Mantra machte und dabei so weit radikalisierte, dass mit dem Kongress das Zentrum der US-Demokratie selbst sowie fünf Menschen am 06.01.2021 zum Opfer rechtsradikal-libertärer Trump-Anhänger*innen wurden. Im Kontext des Postfaktischen werden dabei gegenwärtig allerdings jene Stimmen laut, die zuvörderst jenen akademischen Diskursen eine Mitschuld am Erstarken dieser alternativen Wissensordnungen unterstellen, die sich einem reflexiven Wahrheitsverständnis zuwenden. So liest Hodayun Sidky das Phänomen Post-Truth als direkte Weiterführung des wissenschaftskritischen Denkens Nietzsches, das sich über die graduelle Verfestigung zu einem Korpus kritischer Gesellschaftstheorie bis in die höchsten Ebenen des Akademischen, das er gewissermaßen als Rückzugsort intellektueller Frontkämpfer der sogenannten Neuen Linken verklärt, vordrängte (Sidky 2021, S. 19–22). Der polemisierende Untertitel seines Buches *A critique of unreason and academic nonsense* fügt sich dabei nahtlos in das Bild einer ausgesprochen stark ausgeprägten Ablehnung dessen ein, was er letztlich als einflussreiche Sphäre eines „broader dangers of the irresponsible and deceptive anti-science discourse“ anzugreifen versucht (Sidky 2021, S. 53). Michiko Kakutani argumentiert ähnlich und widmet in ihrem Buch *The death of truth* der „Postmoderne“, die heute dankend von der radikalen Rechten herangezogen würde, um ihre alternativen Fakten zu rechtfertigen, ein ganzes Kapitel (Kakutani 2018, Kap. 2).

Diese Kritiken stellen dabei einen simplifizierenden, ja einseitigen Versuch einer Gegenwehr gegen einen „post“- oder sogar „antiwissenschaftlichen“ Zeitgeist, der wesentlich von „postmodernen“ Akademiker*innen getragen sei, dar:⁷ Wie ich in einer ersten Gegenthese herausstellen werde, handelt es sich bei der hier artikulierten Idee, dass eine postobjektivistische Perspektivierung von Geltungs- und Wahrheitsansprüchen grundsätzlich ein Wissenspanorama der Beliebigkeit aufspannen würde, um einen Fehlschluss. Konkret wird sich einseitig auf den Kontingenzgedanken gestürzt, ohne zugleich dessen inhärent normativen Potenziale anzuerkennen. Gerade diese Potenziale gehen in der RDT auf, die einen hochgradig reflexiven, mithin keineswegs universellen und inhärent normativ-kritischen Denkmodus bereithält, um Wissensformen jeglicher Art – also sowohl post- als auch neofaktische Diskurse – der Befragung zuzuführen. Die These der Unfähigkeit eines „wahrhaft kritischen“ Standpunktes, die politisch auf einfache Art und Weise mobilisiert werden könne, um Fake News zu konstruieren, ist für die RDT nicht nur nicht valide, sondern pa-

⁷ Demgegenüber stehen eingehendere, philosophische Reflexionen, von denen sicher Habermas (1985, S. 13) Hypothese einer postmodernen Selbsterhöhung, Transzendierung und damit schließlich Reproduktion der Universallogik der Moderne die bekannteste ist.

radoxiert letztlich jene Kritiken vor dem Hintergrund ihrer demokratiesubversiven Konsequenzen.

2.2 Ontologische Kurzschlüsse: Die streithafte Verfassung des Sozialen

Die als Beliebigkeit aufgefasste und als demokratieschädigend deklarierte Relativierungsbewegung, mit der sich die RDT aufgrund ihrer inhärenten Kontingenzdiagnose als Vorwurf konfrontiert sehen muss, soll aus Sicht ihrer Skeptiker*innen also folglich aufgelöst werden, indem „Wahrheit“ wieder im Singular zu verstehen ist. Dabei missachten sie die konstitutive Streithaftigkeit des Sozialen, die wiederum die zweite Säule der RDT darstellt: Gesellschaften sind vor dem Hintergrund ihrer Kontingenz immer das temporäre Ergebnis stets konflikthafter Auseinandersetzung. Dort, wo nicht mehr gestritten wird, herrscht demnach nicht nur keine *Politik* mehr (Mouffe 2007), weshalb insbesondere deliberative Ansätze, die sich auf den Modus gesellschaftlichen Konsenses stützen, regelmäßig Ausgangspunkt radikal-demokratischer Kritik werden (prominent Mouffe 2007; 2014; 2018a, b); nach dem für die RDT charakteristischen und unter anderem deshalb als „radikal“ beschriebenen Demokratieverständnis herrscht vielmehr auch keine *Demokratie* mehr, wo keine „Unterbrechung“ gegebener, den *Status quo* erhaltender Praktiken stattfindet (Rancière 2002, S. 108). So ist in Mouffes agonistischer Theorie radikaler Demokratie der Streit sowohl ihre Bedingung als auch ihr Zweck (Mouffe 2014): Bedingung deshalb, weil es ohne die streithafte Verfassung des Sozialen keine Demokratie gäbe, um seine diffuse Pluralität zeitweise zu organisieren, Zweck deshalb, weil es ihre Aufgabe ist, die immer potenziell antagonistische, womöglich in Gewalt ausufernde Konflikthaftigkeit zu zivilisieren und domestizieren. Die konfliktärpolitische Qualität des Sozialen, die sich aus seiner kontingenten Verfassung ergibt, macht Demokratie zu einem „Abenteuer“ (Lefort 1990, S. 288): Die in ihr agierenden Subjekte werden in einer niemals abschließbaren Episode zwischen Streit und Etablierung von Ordnung, die wieder durch Streit durchbrochen wird, stets mit der Umgestaltbarkeit eben jener Ordnung konfrontiert. Demokratie ist paradox (Lefort 1990, S. 295), weil sie Ordnung dort zu etablieren sucht, wo keine letzte Ordnung möglich ist: „Jedes Projekt einer radikalen Demokratie sollte sich vornehmen, dieses Moment der Spannung, der Offenheit, das dem Gesellschaftlichen seinen grundlegend unvollständigen und prekären Charakter gibt, zu institutionalisieren“ (Laclau und Mouffe 2020, S. 230).

Die insbesondere von Sidky radikalisierte Diagnose, die auf die Institutionalisierung einer objektiven, unstrittigen und nicht verhandelbaren Wahrheit hinausläuft, liest sich bei anderen Autor*innen, wenn auch nicht zwingend, feingliedriger, zumindest weniger polemisch. Auch sie verweisen aber letztlich auf eine Ontologie des Sozialen, die aus radikal-demokratischer Sicht zunächst mindestens als unzureichend zu bewerten ist. In *The death of expertise* argumentiert Tom Nichols, dass die gegenwärtige Wissensgesellschaft eine postmoderne „exercise in irony and cynicism“ sei, in denen Begriffe wie „Wahrheit“ und „Information“ zu beliebigen Kategorien würden (Nichols 2017, S. 156). Ursächlich hierfür sieht er unter anderem die schier unendliche Ausdifferenzierung der Wissenschaften in „esoteric interdisciplinary fields that exist only to create new credentials“ (Nichols 2017, S. 89), deren Zweck er

also lediglich in der akademischen Selbsterhaltung verortet. Nichols trägt an dieser Stelle allerdings keine fundierte Auseinandersetzung mit einem in Teilen sicherlich als defizitär bewertbaren Wissenschaftssystem und Universitätsapparat vor (siehe etwa Münch 2016), sondern sucht mit diesem Argument ein konservatives, nämlich durch und durch rationalistisches Verständnis „kritischen Denkens“ zu profilieren: „[C]ritical thinking“, so konstatiert er, sei „the ability to examine new information and competing ideas dispassionately, logically, and without emotional or personal preconceptions“ (Nichols 2017, S. 72). Er plädiert also für den aus der analytischen Philosophie stammenden Modus der neopositivistischen Erkenntnisgewinnung, der auf Sensualismus, Logik, Neutralität und Objektivität beruht – und impliziert damit eine Sozialontologie, die den unstrittigen, objektiven Kern der Dinge zu erfassen imstande sei.

Gegen diesen Modus werde ich in Form einer zweiten Gegenthese einwenden, dass das ihm zugrunde liegende Wahrheitsverständnis auf einem naiv rationalistischen Verständnis des Sozialen beruht. Die RDT hält dem entgegen, dass die (soziale) Welt eben nicht objektiv, also außerhalb emergenter Diskurse zu verorten ist, wodurch eine dualistische Annäherung an eine gegebene „Realität“ möglich wäre. Vielmehr ist sie in dem Sinne diskursiv konstruiert, als latente Machtdynamiken in allen Bereichen des Sozialen, *inklusive* der Wissenschaft, darüber entscheiden, was als „Wahrheit“ gelten darf und was nicht. Die RDT fußt nicht nur explizit auf dieser diskursiv-antagonistischen Ontologie des Sozialen, sondern vertritt weiterhin auch die analytische Inkludierung von Emotionen und Leidenschaften – im Gegensatz zu deren Unterdrückung – im Prozess der streithaften Weltherstellung. Wie ich mit Chantal Mouffe zeigen werde, geht es dann also nicht mehr primär darum, was ultimativ „wahr“ oder „falsch“ ist, sondern wie diese Grenzziehungen so transformiert und kanalisiert werden können, dass ein demokratisches Miteinander – das wiederum selbst der ständigen Aushandlung seiner konkreten Praktiken bedarf – ermöglicht wird.

2.3 Die Befragung als *Modus Operandi* der RDT

Die Engführung von Kontingenz und Streithaftigkeit eröffnet schließlich den Denkrahmen für Kritik an jeglicher (versuchter oder erfolgter) politischer Festsetzung: Demokratie bewegt sich in einem herausfordernden Spannungsverhältnis, das es nicht nur auszuhalten und auszugestalten gilt, sondern das gleichsam den Platz für jenes dritte Merkmal der RDT enthüllt: Es besagt, dass „jede Institution und jede Norm legitimerweise zum Gegenstand kritischer Befragung durch alle (oder wenigstens durch alle Betroffenen) werden kann“ (Comtesse et al. 2019, S. 14). Aus radikaldemokratischer Perspektive muss jede normative und epistemische Ordnung der kritischen Befragung zugänglich sein.⁸ Insbesondere jedwede proklamierte Unantastbarkeit (politischer) Deutungshoheitsansprüche ist unvereinbar mit einem

⁸ In dieser durch die Kontingenzdiagnose induzierten und selbstauferlegten Aufgabe offenbart sich damit, wie ich später detaillierter diskutieren werde, ein ambivalentes Verhältnis der RDT zum Normativen: Einerseits lehnt sie die Festlegung auf eine dauerhafte und unhinterfragbare Ordnung ab, impliziert damit aber gleichzeitig einen evaluativ-normativen Standpunkt.

Demokratieverständnis, das auf Kontingenz, Streithaftigkeit und damit schließlich Pluralität beruht, da eine jede politische Ordnung – gleich welcher Couleur – Ausschlüsse und Marginalisierungen hervorbringt (Reder 2023, S. 656).⁹

Diese Festsetzungen zeigen sich im gegenwärtigen Diskurs der Wissenskrise anhand des Rückzugs in die Gefilde der scheinbaren Neutralität und Objektivität. Exemplarisch diagnostizieren Hoggan-Kloubert und Hoggan (2023) „Post-Truth“, ebenso wie Sidky und Nichols, als Element einer epistemischen Krise, würdigen im Gegensatz zu Letztgenannten aber die traditionsreichen Gesellschaftskritiken der Frankfurter Schule (Hoggan-Kloubert und Hoggan 2023, S. 8) und ihres vermeintlichen Ideenkontextes, „der Postmoderne“. Letztere „contributes to diversification of perspectives and reduces marginalization through its critique on oppressive and homogenizing concepts of modernism“ (Hoggan-Kloubert und Hoggan 2023, S. 6). Gleichzeitig betonen sie aber auch ihre vermeintliche Schwachstelle, nämlich die durch sie induzierte Orientierungslosigkeit vor allem mit Blick auf „idealistic validation“, also normative Bewertungsmaßstäbe (Hoggan-Kloubert und Hoggan 2023, S. 6). Als „key epistemological concepts necessary to overcome today’s epistemic crisis and otherwise allow for a functioning democracy“, schlagen sie nun eine Trias aus Rationalität, Autonomie und Pluralismus vor (Hoggan-Kloubert und Hoggan 2023, S. 17), die sowohl der ständigen Kritik als auch Festlegung „guter“ Wissensordnungen zugänglich sein soll. Hiermit heben sie die (begrenzt) legitime Pluralität von Wissensordnungen hervor und verbleiben damit schlussendlich im Modus rational-kommunikativer Deliberation, wie sie insbesondere mit Habermas zu verbinden ist (Habermas 1982, S. 28). Die Autor*innen schließen ihren Beitrag entsprechend vielsagend, indem sie diagnostizieren, dass ein „lack of such platforms for public social (constructive) deliberation [...] a direct threat to democracy“ sei, „as there must be a mechanism to develop epistemically responsible thinkers and actors – citizens of the world(s) in which we live“ (Hoggan-Kloubert und Hoggan 2023, S. 17). In ihrem Argument steckt somit nicht nur eine unter radikaldemokratischen Denker*innen strikt abgelehnte Fokussierung auf rational erreichbaren Konsens (Mouffe 2007, S. 7, 2014, S. 11), sondern eine implizite Erhebung sogenannter Expert*innen, die über höherwertiges Wissen verfügten. Erneut wird, wie auch in anderen Beiträgen, eine direkte Verbindung hergestellt zwischen populistischen „Post-truth“-Regimen, „that valorize individual experience over traditional academic and scientifically generated claims“ (Adler und Faubert 2022, S. 68), und der aus dem Mangel eines rationalen Wissenskerns hervorgehenden Erosion demokratischer Normengefüge.

Auch hier schwingt die Fehlinterpretation mit, nach der die Diagnose der Kontingenz gesellschaftlicher Verhältnisse mit der beliebigen Ausdifferenzierung von Wissen und Wahrheit einherginge. Gleichzeitig wird die implizite Botschaft vermittelt, dass es doch nur „richtige Expert*innen“ brauche, die mit den „harten Fakten“ operierten, um endgültig Schluss zu machen mit Fake News, Desinformation und

⁹ Hierin zeigt sich noch deutlicher, dass die RDT einen normativen Standpunkt setzt, nämlich den der Offenheit für Kritik und Befragbarkeit politisch hergestellter gesellschaftlicher Ordnung. Diese Antinomie zwischen der Prämisse der Grundlosigkeit des Sozialen und dem (wenngleich aus ihr gefolgerten) artikulierten Maßstab der Kritikoffenheit mag als zirkulär oder gar irreführend angesehen werden, offenbart aber, wie ich in einem finalen Schritt zeigen werde, gerade die in der Selbstreflexion liegende Stärke der RDT (siehe Abschn. 3.3).

Verschwörungsnarrativen. In der Synthese der beiden zuvor genannten Kritikebenen – der Fehlinterpretation postobjektivistischer Ansätze einerseits und einer inadäquaten Ontologie des Sozialen andererseits – ziehe ich in einer dritten These daher neueste Denkansätze innerhalb der RDT heran (Farkas und Schou 2024), die in der Idee eines verkappten (etwa *Fact-checkenden*) Expertentums eine Form der Technokratie sehen, die mit dem Politischen selbst Schluss zu machen versucht, indem sie sich auf das Metanarrativ rational erlangbarer Fakten versteift, die es nur institutionell umzusetzen gelte.

In diesem Zusammenhang wird die Notwendigkeit der kritischen Befragung der Wissenskrise besonders deutlich: Demokratie ist nur dann Demokratie, wenn sie objektivistische Festsetzungen und die durch sie generierten Marginalisierungen durch kritischen Widerstand ans Licht bringt, die gegebene Ordnung also ständig zu stören versucht (Rancière 2002). RDT blickt somit nicht von außen auf eine gegebene, ideale Demokratie, sondern ist selbst elementarer Bestandteil der ihr eingeschriebenen kritischen Praktiken. Sie ist damit immanent emanzipatorisch angelegt, indem sie im Bekenntnis zur Kontingenz des Sozialen immer auch die Chance auf positiven Wandel sieht: Die RDT zeichnet sich, in Lucas von Ramin's Worten, durch das „Lob der Entzweiung“ aus (von Ramin 2021a, S. 350): Sie sieht die Kontingenzdiagnose in aller erster Linie als hoffnungsvollen Horizont der (niemals abgeschlossenen) Umgestaltung und Umgestaltbarkeit gesellschaftlicher Ordnung. Sie trägt dabei durch ihren inhärenten Befragungsmodus selbst zu jenen Durchbrechungsbewegungen bei.

Der Modus des kontingenzsensiblen Denkens stellt folglich die Ermöglichungsbedingung für das der RDT innewohnende „kritische“ Moment dar: Wenn Gesellschaften nicht transzendental be- und ergründbar, sondern temporäre Resultate politischer Auseinandersetzungen sind, so können eben jene Logiken, Mechanismen und Praktiken der politischen Weltherstellung am Maßstab kritischer Untersuchung durchleuchtet werden. Der Analysemodus der RDT ist somit der Modus der kritischen Befragung, ein Begriff, der in jüngster Zeit von Oliver Flügel-Martinsen (siehe etwa 2017, 2019) programmatisiert wurde. Auf der epistemischen Ebene „geht die anerkannte Autonomie des Wissens in Hand mit einer stetigen Erneuerung des Erkenntnisprozesses und der Infragestellung der Wahrheitsgrundlagen“ (Lefort 1990, S. 294), während die normative Ebene die stete Infragestellung explizit oder implizit artikulierter normativer Fundamente, auf denen sich „Demokratie“ denken lässt, praktiziert (Flügel-Martinsen 2022a, S. 567–571). Diese kritische Praxis des ständigen Befragens scheinbar festsitzender Formationen, die wieder ihrer inhärenten Kontingenz zugeführt werden, ist eine durch und durch politische:

„Sie ist es, die stets die Möglichkeit einer Dynamik des politischen Widerstands gegenüber hegemonialen Herrschaftspraktiken wachhält. Und die Aufgabe der kritischen Theorie des Politischen ist es nicht zuletzt, durch beharrliche Gegenwartsbefragungen Teil dieser widerständigen Praxis zu sein“ (Flügel-Martinsen 2021, S. 36–37).

Hierin zeigt sich das für die RDT charakteristische, emanzipatorische Programm. Auf übergeordneter Ebene verschieben sich mit ihrer Etablierung die „Aufgaben Politischer Philosophie und Theorie von der Begründung normativer Prinzipien zur kritischen Befragung von Machtverhältnissen und normativen Ordnungen“ (Flügel-

Martinsen 2022b, S. 184). Wie Arnold und Mohammed treffend herausstellen, dient diese Theoriegattung „dabei als Voraussetzung und Mittel, um (Herrschafts-)Verhältnisse zu verstehen und zu verändern, und interveniert zugleich als Teil politischer Praxis“ (Arnold und Mohammed 2020, S. 7).

Die RDT muss in ihrem Selbstverständnis folglich jede Etablierung von Ordnung kritisch ins Auge fassen. In besonderem Maße muss sie dabei – aufgrund ihrer programmatischen Kontingenzdiagnose – auf jene Diskurse hinweisen, die sich der Kontingenz zu entziehen versuchen. In diesem Zusammenhang werden beispielsweise regelmäßig rechtsnationalistische Diskurse, die auf einem homogenen, häufig ethnobiohistorischen Mythos fußen, angeführt und des Feldes des Demokratischen verwiesen (Flügel-Martinsen 2021, S. 12, 2022b, S. 570; Mouffe 2023, S. 11–12; Scheuerman 2019, S. 89). Dass diese Verweisungen eine durch und durch normative Praxis sind, mag intuitiv scheinen, doch birgt diese Art der Disqualifizierung, die wir in besonderem Maße und von vielen verschiedenen Positionen aus im Diskurs des Postfaktischen wiederfinden (Farkas und Schou 2024), enormes Diskussionspotenzial innerhalb des RDT-Diskurses. Wie kann, so der häufig formulierte Einwand, eine RDT, die sich die Prämissen der radikalen Kontingenz sämtlicher Deutungsmuster, und damit auch des Normativen, auf die Fahnen schreibt, überhaupt einen normativen Standpunkt einnehmen? Und macht sich die RDT nicht der eigenen normativen Impliziertheit und Intransparenz verdächtig, wenn sie *a priori* bestimmte Diskurse aus der Sphäre des Demokratischen zu verbannen versucht? Ein weiteres und viertes Merkmal der RDT ist damit ihre Notwendigkeit und Fähigkeit der Selbstbefragung in Anbetracht externer Kritiken und interner Ausdeutungsstreitigkeiten (Flügel-Martinsen 2020b, S. 193; Martinsen und Flügel-Martinsen 2021, S. 107; von Ramin et al. 2023, S. 24). Wie ich im Laufe des nächsten Abschnitts zeigen werde, liegt in dieser ständigen Auseinandersetzung nicht nur mit dem Zustand gegenwärtiger Demokratien, sondern vor allem auch mit sich selbst ihre besondere, in kritischer Normativität mündende Fremd- und Selbstreflexion, die im Zeitalter der multiplen Wissenskrise dringender denn je ist.

3 Radikale Demokratietheorie als Praxis kritischer Normativität

Kritiker*innen werfen, so ein Ausgangspunkt dieses Beitrags, wahrheitsskeptischen Theorien vor, die „Auflösung aller Gewissheit“ zu radikalisieren (von Ramin 2021a, S. 337). Insbesondere der RDT könnte man daher vor dem Hintergrund ihrer Konzeption des Politischen den Vorwurf machen, dass ihre „Sympathie für den unendlichen Konflikt [...] Postfaktizität, Beliebigkeit und damit den Zusammenbruch des gesellschaftlichen Konsenses“ befeuern würde (von Ramin 2021a, S. 337). Worauf in den vorherigen Abschnitten hingearbeitet wurde, soll hier expliziert werden: Demnach plädiere ich dafür, die Bedeutung der RDT in Anbetracht dieses hochrelevanten und komplexen Spannungsfeldes von *Demokratie und Wahrheit* (Vogelmann und Nonhoff 2021b) nicht nur anzuerkennen, sondern als Praxis der kritischen Befragung sowohl des Postfaktischen als auch seiner zeitgenössischen, epistemisierenden Gegenreaktionen zu würdigen. Sie erwächst damit als Praxis kritischer Normativität. Hierzu möchte ich die in Abschn. 2“ vorbereiteten Thesen ausarbeiten und gemein-

sam mit den dort skizzierten Prämissen der RDT zu einem weiterführenden Argument verdichten: Erstens argumentiere ich am Beispiel von Verschwörungsnarrativen als Ausprägungsform postfaktischer Diskurse, dass der Vorwurf der angeblichen Begünstigung jener Diskurse einseitig und verkürzt auf der Kontingenzdiagnose beharrt, ohne ihre normativ-kritischen Implikationen hinreichend ins Auge zu fassen (*erste These*). Zweitens behaupte ich, dass die auf einer objektivistisch-rationalistischen Sozialontologie basierenden Gegenepistemisierungen (*zweite These*), die sich aus den Kritiken an wahrheitsskeptischen Theorien ergeben und sich dem Postfaktischen entgegenzustellen versuchen, mit ihrem Rekurs auf außersoziale „Wahrheit“ und „Objektivität“ ihrerseits ein demokratiesubversives Programm auffahren (*dritte These*). In der Befragung der multiplen Wissenskrise, in der post- auf neofaktische Diskurse treffen, weise ich schließlich in einem letzten Schritt aus, dass in der radikaldemokratischen Perspektivierung dieser beiden Diskurse ihre eigene Notwendigkeit der kritischen Selbstreflexion zum Vorschein kommt und damit gleichsam ihre besondere Stärke markiert. Die kritische Normativität der RDT spiegelt sich damit auf zwei Ebenen der Befragung wider.

3.1 Fatale Schließung oder emanzipatorisches Potenzial? Radikale Demokratietheorie und das Postfaktische

Die radikaldemokratische Perspektive auf postfaktische Diskurse hält grundsätzlich zwei Fahrtrichtungen offen, die sich illustrativ am Beispiel von Verschwörungsnarrativen, die gewissermaßen als Epitome des Postfaktischen gelten können, skizzieren lassen. Die erste Stoßrichtung zielt auf das Argument eines womöglich demokratisch-emanzipatorischen Charakters dieser Narrative oder Theorien¹⁰ ab. Diese gelten trotz ihrer in den vergangenen Jahren beschleunigten Popularität gemeinhin weiter als „minderwertiges“, „unwissenschaftliches“ Wissen, das stigmatisiert (Barkun 2015) und, jedenfalls im öffentlichen Diskurs, regelmäßig mit bildungsferner Herkunft ihrer Proponenten, populistischer Manipulierbarkeit und undemokratischen Zielsetzungen in Verbindung gebracht wird (Douglas et al. 2019). Sie mögen daher im ersten Moment aufgrund ihrer Marginalisierung und Verbannung aus der Sphäre des „Rationalen“ (Harambam und Aupers 2015) symptomatisch dem entsprechen, was Rancière prominent als Aufteilung des Sinnlichen bezeichnete: So zeichnen sich Gesellschaften notwendigerweise durch machtgeladene (in Rancières Terminologie: polizeiliche) Ausschluss- und Marginalisierungspraktiken aus, die eine Aufteilung der sozialen Welt zwischen jenen, die gehört werden, und jenen, deren Stimmen lediglich als Lärm wahrgenommen werden, etabliert (Rancière 2002, S. 22, 34, 41). (Demokratische) Politik markiert hingegen dasjenige Praxisfeld, das „die sinnliche Gestaltung zerbricht“ (Rancière 2002, S. 41, siehe auch S. 108). In diesem Sinne könnten solch postfaktische Diskurse, die sich gegen politische, wissenschaftliche Expertise richten, augenscheinlich als Förderung des radikalen Demokratiedenkens

¹⁰ Ich verwende die Begriffe der Verschwörungstheorie und des Verschwörungsnarrativs nachfolgend weiterhin synonym, da die durch die Trennung beider Begriffe implizierte kategorische Unterscheidung von „wissenschaftlichem“ und „nichtwissenschaftlichem“ Wissen an dieser Stelle nicht Gegenstand der Befragung ist.

ständiger kritischer Infragestellung durch normative und epistemische Gegenentwürfe verstanden werden. So jedenfalls resümiert Steve Fuller in seinem Buch *Post-Truth*:

„While some have decried recent post- truth campaigns that resulted in victory for Brexit and Trump as ‘anti- intellectual’ populism, they are better seen as the growth pains of a maturing democratic intelligence, to which the experts will need to adjust over time. [...] The post- truth disrespect for established authority is ultimately offset by its conceptual openness to previously ignored people and their ideas. They are encouraged to come to the fore and prove themselves on this expanded field of play. In this respect the post-truth condition marks a triumph of democracy over elitism“ (Fuller 2018, S. 181).

Aus dieser Perspektive markiert das Postfaktische die Störung gegebener epistemischer Ordnungen, die all jenen Stimmen, die sich nicht dem rationalistischen Alternativlosigkeitsdiskurs (natur-)wissenschaftlich bestimmter Politik, in der nicht mehr die Auseinandersetzung über widerstreitende Werte, sondern der „harte Fakt“ und die „verlässlichen Daten“ über politische Maßnahmen bestimmen, unterwerfen (Bogner 2023, S. 28–36). Es handelt sich dabei um einen Einwand, der in der jüngsten RDT intensiv diskutiert wird: Anstatt das Postfaktische, etwa in der Form von Verschwörungsnarrativen und Desinformation, als *Ursache* zeitgenössischer demokratischer Instabilitäten und Polarisierungen zu identifizieren, lenken radikaldemokratische Lesarten Augenmerk auf tieferliegende Diagnosen wie demokratische Repräsentationsdefizite, einen Mangel an echten Alternativen und die Technokratisierung des Politischen, die sich *symptomatisch* im Postfaktischen niederschlagen. Dieser Stoßrichtung möchte ich gesondert im nächsten Abschnitt nachgehen, denn was Fuller gewissermaßen als Aufbruchmoment gegenwärtiger, defizitärer Demokratien vermutet, muss – je nach Art des postfaktischen Diskurses – aus radikaldemokratischer Sicht höchst kritisch beäugt werden, reduziert man Letztere nicht auf ein verkürztes Verständnis omnipräsenter Kontingenz.

3.1.1 Diskurse des Postfaktischen: Der Wolf im Schafspelz?

Jene kritische Stoßrichtung, die zumindest manche Teildiskurse des Postfaktischen nicht als per se emanzipatorisch¹¹, sondern auf verdeckte Weise selbst (radikal-)demokratische Prinzipien untergrabend entblößt, markiert die erste Dimension der der RDT eingeschriebenen, kritischen Normativität: die Fremdbefragung. Die fundamentale Prämisse radikaldemokratischen Denkens liegt in der Anerkennung und Praktizierung der Kontingenz gesellschaftlicher Ordnung. Deutungshoheitliche Schließungen, die auf die Etablierung quasitranszendentaler Gründe abzielen, können per Definition nicht (radikal-)demokratisch sein, weil sie Wesensmerkmal

¹¹ Freilich können nicht alle „postfaktischen“ Diskurse mit rechten Verschwörungsnarrativen, Desinformation und Fake News gleichgesetzt werden. Insbesondere in der Symbiose von kritischer Sozialtheorie, die sich der diskursiv-hegemonialen und damit kontingenten Beschaffenheit sozialer Ordnungsformationen im Klaren ist, liegt ein emanzipatorisches und dekonstruktives Potenzial, wie etwa Mejia et al. (2018) zeigen.

und *Raison d'être* der Demokratie missachten. Hieraus leitet sich, entgegen der in der ersten These als verkürzt kritisierten Kritik an der angeblichen Omnipräsenz des Kontingenzgedankens, der keinen normativen Standpunkt ermögliche, in der Tat ein kritischer Standpunkt ab: Er spiegelt sich wie bereits oben erwähnt etwa in der radikaldemokratischen Kritik an rechtsnationalistischen Diskursen wider, die sich eines Volksbegriffes bedienen, der die Zugehörigkeit zu eben diesem Volk aus (etwa genetisch) determinierten Eigenschaften ableitet, sich also aus außersozialen Begründungen speist – und sich damit der Kritik entzieht, weil er die soziale Genese „des Volkes“ zugunsten einer Essentialisierung verneint. Die Verbindung von Transzendierung und Kritikimmunisierung ist ein Merkmal, das dabei insbesondere für Verschwörungstheorien markant ist. Ein einschlägiges Beispiel stellen in dieser Hinsicht die „Querdenker“ dar, die als Protestbewegung ab März 2020 gegen die Corona-Maßnahmen hohe Sichtbarkeit und Zustimmung erlangten. Schon früheste Forschung proklamierte eine enge Verbindung zwischen „Querdenkern“ und Verschwörungsnarrativen (Koos 2021, S. 7), nach denen die Pandemie ein von „der Elite“ geschmiedeter Plan zur Beschränkung politischer und individueller Freiheiten sei – eine „Plandemie“ sozusagen (Skudlarek 2021), die etwa Giorgio Agamben, zum Missfallen vieler radikaldemokratischer Forscher*innen, als biopolitische Technologie der „pandemischen Religion Wissenschaft“ ausdeutete (Christiaens 2021; Silva und Higuera 2021). Die „Querdenker“ operier(ten) dabei zentral mit der diskursiven Strategie des *Mythos*, einer nicht bis zuletzt ergründbaren Objektivität, die außerhalb des Repräsentierbaren steht (Laclau 1990, S. 61): So wird die Ablehnung der Impfung zum einen mit der „gekauften Wissenschaft“ begründet, die mit der Regierung und den Medien gemeinsame Sache mache, und weiterhin auf die nicht weiter spezifizierbaren Kategorien des „Bauchgefühls“ und „gesunden Menschenverstandes“ zurückgeführt (exemplarisch Stern TV 2021, 0:55–1:35).

3.1.2 Die normativ-kritische Konstitution der Kontingenz

Doch die RDT stürzt sich nicht auf derartige Diskurse, die sich auf Mythen und Schließungen stützen, um diese einseitig und zugunsten sogenannter evidenzbasierter Politik zu dekonstruieren. Sie sieht sie vielmehr als Symptom einer als Gegenwartsdiagnose häufig benannten Konfiguration des Postpolitischen und Postdemokratischen (Mouffe 2007, 2014, 2018b, 2023). Dass diese Diskurse ein Effekt „alternativloser Politik“ sind (Farkas und Schou 2024), darf aber nicht den Blick auf diejenigen Mechanismen verschleiern, die eben solche Diskurse selbst zu demokratietheoretischen und -praktischen Problemfällen machen. Wie Lucas von Ramin in seiner Zusammenführung von RDT und Verschwörungstheorien überzeugend darlegt, trifft die in ihnen als Zielsetzung angelegte „Demokratisierung als Gegenbewegung zu verstetigten Herrschaftsstrukturen“ oberflächlich zu; „[d]ie Emanzipation scheitert jedoch, wenn das verschwörungstheoretische Weltbild nicht ebenfalls unter Misstrauensverdacht steht, sondern dessen Kritik als existentielle Bedrohung gefasst wird, gegen die es sich dann mit allen Mitteln zu wehren gilt“ (von Ramin 2023, S. 209). Der Verweis auf gewalttätige Ausmündungen des für Verschwörungstheorien charakteristischen, antagonistischen und damit existenziellen Weltbildes – beispielsweise gilt jegliche Gegenmeinung für Verschwörungstheoretiker*innen ledig-

lich als Ausdruck elitär gesteuerter Manipulation (die Metapher des „Schlafschaffs“ ist hier sehr beliebt) – tut hier sein Übriges, um das Argument der „Kaperung“ demokratisch-emanzipatorischer Semantiken (Flügel-Martinsen 2022a, S. 570) zugunsten ihrer strukturellen Unterwanderung zu fundieren. Verschwörungstheorien, wenngleich sie mitnichten die einzig relevante Form postfaktischer Diskurse darstellen, können in dieser Lesart keine emanzipatorischen Projekte im Sinne der RDT sein, weil sie sich durch Transzendierungstechniken gegen Kritik immunisieren. Das demokratietheoretische Problem liegt hierbei keineswegs darin, dass diese Immunisierung eine konsensuelle Annäherung verschiedener gesellschaftlicher Positionen verunmöglicht, denn der RDT geht es gerade darum, konsensorientierte Politik auf ihre demokratieschädigenden Konsequenzen hin zu kritisieren. Vielmehr begünstigt eine Selbstimmunisierung gegen jegliche Kritik aber insbesondere in stark affektierten Diskursen die Polarisierung im Sinne eines existenziellen Antagonismus (Mouffe 2014), der „empirisch“ regelmäßig zu brutalsten Gewalttaten führt. Dass Demokratien in diesem Sinne von innen heraus sterben (Levitsky und Ziblatt 2018), hängt eben auch mit der Radikalisierung von Antagonismen zusammen, die sich dann aufbauen, wenn die Kanäle der legitimen Konfliktaustragung – man mag an dieser Stelle geneigt sein, ein vorsichtiges Argument für die Gewaltfreiheit als Art gemeinsamer Mindestnorm einer zivilisiert-demokratischen Auseinandersetzung zu formulieren (Dubiel 1998) – defizitär sind oder fehlen.¹²

Bezüglich meiner ersten leitenden Gegenthese lässt sich anhand dieser Überlegungen festhalten, dass die für die RDT programmatische Kontingenzdiagnose keineswegs, wie häufig angenommen, normative und epistemische Felder der Beliebigkeit aufspannt. Vielmehr resultiert aus dieser Diagnose gerade, dass jene Diskurse ihrerseits ständig wieder der kritischen Befragung zugeführt werden können müssen. Die Befragung stellt damit einen normativ wirksamen Modus dar, mit dem die RDT andere, aber auch sich selbst konfrontiert (siehe Abschn. 3.3). Dieser Kritikmodus – und das meine ich im Kern mit „kritischer Normativität“ – dient dabei nicht der universellen Begründung einer spezifischen „guten“ Ordnung, die aus ihr ableitbar wäre, sondern derjenigen Öffnung, die Bedingung und Zweck der Demokratie ist. Insbesondere der gegenwärtige „Rückzug ins Faktische“, mit dem ich die Reszientifizierung des Politischen und der „faktenbasierten“ Begründung alternativer politischer Maßnahmen meine, wird dabei Gegenstand kritischer Befragung, weil er den Boden für postfaktische Diskurse bereitet.

Wenn ich die RDT hier also als Praxis kritischer Normativität ausdeute, tritt offenkundig eine gewisse Ambivalenz hinsichtlich ihres Verhältnisses zum Normativen auf: Einerseits liegt es nicht in der Verfassung oder gar dem Interesse der RDT, eine bestimmte, normativ konturierbare und lediglich noch „auszufüllende“ Ordnung zu etablieren; andererseits ergibt sich aus der Kontingenzdiagnose aber, wie gerade gesehen, dennoch so etwas wie ein normativer Bewertungsmaßstab. Diese Ambi-

¹² Eine innerhalb der RDT heiß diskutierte Frage ist in diesem Zusammenhang, inwieweit es nötig oder möglich ist, bei allem Antagonismus so etwas wie ein Mindestmaß an Gemeinsamem zu formulieren, sei es in Form leerer normativer Leitkategorien (Mouffe 2014, S. 195–197) oder aber einer schwachen Lesart einer überindividuellen „Wahrheit“ (Bogner 2023, S. 117). Ich werde in Abschn. 4.3 darauf zu sprechen kommen.

valenz im zugrunde liegenden Normativitätsbegriff bedarf daher einer genaueren Verortung. Wie soeben gezeigt, verstehe ich unter der normativ-kritischen Praxis der RDT zum einen eine solche, die nicht auf die Festlegung auf eine ultimative Position zuläuft, sondern vielmehr befähigt ist, auch gegensätzlichen Diskursen Kritik zukommen zu lassen. Es geht somit um die Offenhaltung des Sozialen und folglich Abweisung von Letztbegründungen. Dies kann als das „kritische“ Element bezeichnet werden, das sich aus dem weiter oben skizzierten, befragenden Modus der RDT ergibt. Zum anderen impliziert die RDT aufgrund der für sie konstitutiven Kontingenzdiagnose aber auch einen *Kritikmaßstab*, der das „normative“ Element kennzeichnet und als *evaluative* Normativität lesbar scheint: Wir können *bewerten*, ob ein Diskurs aus Sicht der RDT „kontingenzsensibel“ genug ist, um nicht selbst zu einem demokratischen Verdachts- oder Problemfall zu werden. Wenn darüber hinausgehend bestimmte und explizite Unterscheidungskriterien (typischerweise demokratisch/undemokratisch) gefolgert werden, kommt zudem ein *präskriptives*, also handlungsleitendes Normativitätsverständnis zum Tragen: Um als demokratisch zu gelten, *sollten* Diskurse auf bestimmte Artikulationsstrategien verzichten.

Ich möchte mich dieser scheinbaren Antinomie ausführlicher in Abschn. 3.3 widmen, denn ich halte es für notwendig, herauszustellen, dass die RDT ständig um diese (Selbst-)Zuweisungen ringt, sich geradezu um sie herum reproduziert, und damit eben demjenigen Streit unterliegt, den sie als konstitutiv für das Soziale erachtet. Hieraus erwächst demnach weder eine „echte“ Positionslosigkeit, nach der sich die RDT aufgrund ihrer Annahmen für nichts aussprechen könne, noch eine „implizite“ Positionslosigkeit, nach der die RDT ihre, sich selbst bekannte Position zu verschleiern versuche. Vielmehr bedeutet jede Kritik an theorieexternen Diskursen immer auch den konsistenten Rückverweis auf die eigenen Annahmen, die eben jene Kritik formen.

3.2 Reclaiming Truth – Radikale Demokratie und der Rückzug ins Faktische

Aus radikaldemokratischer Sicht lässt sich das gegenwärtige Moment postfaktischer Diskurse nicht einseitig auf kontingenzsensible Praktiken zurückführen, die ein demokratieinstabilisierendes Feld der normativen und epistemischen Beliebigkeit aufspannen würden. Im Gegenteil: Die RDT sieht gerade in den gegenwärtigen epistemischen Reaktionen auf das Postfaktische – staatliche Maßnahmen gegen „Desinformation“, „Faktenchecker“, implementative Verweise auf wissenschaftliche Daten – einen Kontrapunkt, der der politischen Konstitution des Sozialen gerade nicht Rechnung trägt, sondern seinerseits neue Schließungen und Exklusionen hervorbringt, die das demokratische Potenzial dieser Konstitution letztlich unterlaufen. Die zweite eingangs benannte Gegenthese moniert in diesem Kontext zunächst eine unzureichende Sozialontologie, die sich in einer gegenepistemisierenden, objektivierenden Logik des Neofaktischen offenbart. Johan Farkas und Jannick Schou haben hierzu jüngst den Begriff der „postfaktischen Welten“ vorgeschlagen, der aber gerade nicht auf sogenannte postfaktische Diskurse selbst, sondern ihre Gegenspieler*innen abzielt (Farkas und Schou 2024, S. 5). Die Autoren treffen dabei einen Nerv, der die „etablierte“ radikaldemokratische Kritik am rationalen Konsensmodus liberaler und deliberativer Demokratietheorien und Politik (Mouffe 2007,

2014) auf das Feld der Wissenskrise überträgt: Der gegenwärtige Rekurs auf Expertentum, wissenschaftliche Daten und objektives Wissen ist demnach blind für die aus radikaldemokratischer Sicht notwendige Offenhaltung diskursiver Streiträume, ohne die sich agonistische Auseinandersetzungen zwischen wenigstens unversöhnlichen, sich aber dennoch als legitime Kontrahenten betrachtenden Positionen in antagonistische Feindschaft rücktransformieren. Die neoliberale Hegemonie des Rationalismus reproduziert demnach – aller Tendenzen der vergangenen Jahrzehnte zum Trotz, Wissenschaft selbst als soziales und diskursives Phänomen zu begreifen (Allan 2017; Knorr-Cetina 1981, 1991; Latour und Woolgar 1986) – derzeit ein Wissens- und Wahrheitsverständnis, das eine weitgehend unreflektierte Autorität der Wissenschaft als Wahrheitsmonopol artikuliert. So wird die Entstehung alternativer epistemischer Gemeinschaften auch von namhaften Forscher*innen schlicht als populistisches „Post-truth“-Moment verstanden, das „individual experience over traditional academic and scientifically generated claims“ stelle und den „wissenschaftlichen Experten“ durch den „populistischen Anführer“ ersetze (Adler und Faubert 2022, S. 68), ohne im Entferntesten die politischen Implikationen dieser Wissenssemantik ins Auge zu fassen. Die radikale Kritik am Subjekt des „Experten“ (de Certeau 1984, S. 9), dessen Subjekteinschreibung über die Verfügung höherwertigen Wissens operiert, entfaltet sich in der RDT strukturell entlang einer Kritik an diskursiven Schließungsversuchen, die sich als neofaktische Reaktion auf eine als durch und durch demokratieschädigend artikulierte, postfaktische Wende in Stellung brachte. Denken wir hier etwa an die seit einigen Jahren von der EU fortentwickelten Maßnahmen und Aktionspläne gegen Desinformation, die eine Art neuer „digitaler Gouvernamentalität“ (Wagner 2018) etablierte, oder öffentlich-rechtliche „Faktenfinder“ (Tagesschau 2024), deren Ziel in der Determinierung „der Wahrheit“ liegt.

3.2.1 Die Epistemisierung des Politischen und die Rückkehr zum Affekt

Das demokratietheoretische Problem „postfaktischer Welten“ liegt demnach darin, dass der Streit über gegensätzliche Werte und Weltansichten, die eben niemals vollends harmonisierbar sind, in Wissenskonflikte transformiert wird, deren Ergebnis aus Sicht derer, die auf die „besseren Fakten“ pochen, bereits im Vornherein feststeht: Die Statistik gebe schließlich her, was Fakt ist. *Facts Don't Care About Your Feelings* (Shapiro 2019) wird zum Mantra, und wer diese Fakten nicht teilt, gilt – bisweilen auch unter Wissenschaftler*innen – als verblendet oder mindestens uninformiert. Die inhärent politische Auseinandersetzung zwischen ultimativ unauflösbaren Wertekonflikten wird „auf die Frage, wer über die bessere Datengrundlage verfügt“, reduziert (Bogner 2023, S. 36) – und disqualifiziert *a priori* all jene Stimmen, die schlicht nach einer Alternative zum *Status quo* suchen. Die strukturellen Hintergründe für die unreflektierte und politisierende Wissenschaftsgläubigkeit sehen Denker*innen der RDT wie bereits erwähnt in der Hegemonie des Neoliberalismus seit den 1980er-Jahren, in dessen Prozess die Konflikthaftigkeit des Sozialen zugunsten eines hochgradig individualistischen, rationalistischen und pseudoaufklärerischen Menschen- und Gesellschaftsbildes aufgegeben wurde (Mouffe 2018b: Kap. 1). Die liberale Demokratie, die sich selbst im ständigen Spannungsfeld zwischen ihrer liberalen und demokratischen Tradition reproduziert (Mouffe

2018a), hat sich damit im Sinne der Ersteren verschoben, mit der Konsequenz, dass die demokratischen Elemente der „popular sovereignty, political participation, and the people“ zunehmend aus dem Diskurs verschwanden (Farkas und Schou 2024, S. 124). Hier fallen die zweite These der objektivistischen Gegenepistemisierung, die „Fakten“ über die wertegeladene Kontroverse stellt, und die dritte These der demokratiesubversiven Konsequenzen eben jenes Programmes zusammen: Diese Verschiebung reproduziert, ja radikalisiert sich in den Gegenwelten des Postfaktischen, indem auf rationaler Objektivität statt leidenschaftlicher Kontroverse beharrt wird. Kritische Auseinandersetzung, erinnern wir uns an Nichols, hat logisch, emotionslos und vorurteilsfrei stattzufinden – wissenschaftlich eben. Die Konsequenzen dieser *Epistemisierung des Politischen* (Bogner 2023), die sich in einem technokratischen Move hin zu einer Etablierung gegebener wissenschaftlicher Fakten hergibt, treten durch das Brennglas der RDT offen zutage: Politikmüdigkeit und -verdrossenheit gehören ebenso dazu wie die Suche nach neuen Identifikationspunkten, also diskursiven „Orten“, an denen die eigene Stimme Gewicht hat und anerkannt wird. In der jüngeren Extremismusforschung wird dabei gerade die Bedeutung des Faktors „Anerkennung“ im antagonistisch strukturierten Prozess der extremistischen Sozialisation hervorgehoben (Herschinger et al. 2020, S. 8). Chantal Mouffe plädiert in Anbetracht dieser Repräsentationskrise seit Jahren dafür, die Bedeutung von Leidenschaften und Affekten demokratietheoretisch und -praktisch¹³ stärker zur Geltung zu bringen. So hat sie in ihrem aktuellsten Essay *Eine Grüne demokratische Revolution* viele ihrer bekannten Argumente mit besonderem Blick auf die Klimakrise geschärft, dabei aber spezielles Augenmerk auf die Rolle von Leidenschaft und Affekt gelegt: Politik ohne sie ist nicht denkbar oder möglich, und es ist die Aufgabe radikaldemokratischer Kräfte, vorhandene Leidenschaften in demokratischer Manier zu bündeln, zu transformieren und/oder zu kanalisieren (Mouffe 2023, S. 65). Dieses Feld, so Mouffes berühmter Vorwurf, wird vonseiten linksliberaler und sozialdemokratischer Kräfte schlicht der radikalen Rechten überlassen, die keinen Hehl daraus macht, diese Affekte zu adressieren und in ihrem Sinne – offensichtlich xenophob, homophob und frauenfeindlich – zu lenken und nutzbar zu machen. Es kann im Umkehrschluss allerdings nicht darum gehen, Leidenschaften und Affekte aus dem Raum des Politischen zu disqualifizieren. So ist offenkundig, dass auch – oder besonders – „die Wissenschaft“ nicht ohne Leidenschaften, ohne Bezug zu dem, was interessiert, was gerade „fashion“ und „in“ ist, auskommt (Knorr-Cetina 1981, S. 7), wenngleich sie diesen Umstand, und damit ihre soziale Genese, strategisch verdeckt (Straßheim 2023). Diese Verdeckung, aus der letztlich ein Deutungshoheitsanspruch erwächst, was als „wahr“ zu gelten hat, stellt dabei nichts anderes als eine Diskursschließung dar, nach deren Vollzug weder diskutiert noch gestritten werden müsse. Die objektive Wahrheit, so die radikale, aber eben vorhandene Auffassung, wurde von Expertenteams akribisch herausgearbeitet und präsentiert. Wer dieser Wahrheit auch nach umfassendster Faktendarlegung nicht zugänglich ist, wer buchstäblich *Angst vor der Wahrheit* hat (Boghossian 2013), muss folglich auch nicht als legitime*r Diskursteilnehmer*in betrachtet werden.

¹³ Mouffes Zugang zur RDT zeichnet sich in besonderem Maße durch die explizite und enge Verwobenheit von Theorie und praktischer Umsetzung aus (Mouffe 2018b, S. 19).

3.2.2 *Geteilte Welten: Wissen, Wahrheit und Demokratie*

Radikaldemokratische Überlegungen zum demokratischen Gehalt wissenschaftlicher Wahrheitsbehauptungen untermauern die konstitutive Pluralität gesellschaftlicher Wissensgründe. Weder lehnen sie „die Wissenschaft“ als solche ab noch fordern sie ihre Abschaffung. Das Argument, das aus der dritten These der fraglichen, sich stets in einem Spannungsfeld aufhaltenden Verbindung von „Demokratie“ und „Faktizität“ folgt, lautet vielmehr, dass, „[w]hile there might be good reasons to take note of how science informs us about the world, we cannot and should not expect this field to dictate democratic decisions“ (Farkas und Schou 2024, S. 165). RDT plädiert für ein Verständnis von Wissenschaft als „a politically articulated cultural phenomenon that is socially and historically grounded in struggles for meaning“ (Badino und Omodeo 2021, S. 2), also eines, das sich nicht bereits im Vorfeld gegen Kritik und Befragung immunisiert. Diese Forderung impliziert ein doppeltes Verständnis von geteilten Welten im Kontext von Wissen, Wahrheit und Demokratie. Im ersten Sinne *ist* die Welt geteilt, und zwar zwischen kontroversen Positionen, alternativen Diskursen und Geltungsansprüchen, die niemals final vereinbar und damit Merkmal, Grund und Zweck der Demokratie sind. Demokratische Defizite ergeben sich nach dieser Perspektive aus der Missachtung sozialer Kontingenz, die ihrerseits antidemokratische Projekte befördern kann. Im zweiten Sinne, der hier bislang kaum anklang, muss die Frage gestellt werden, *wie* die Welt in Anbetracht dieser Pluralisierung geteilt werden kann. Was hält Gesellschaften also im Zeitalter der multiplen Wissenskrise als integrative Kraft zusammen? Diese Frage kann hier keinesfalls umfassend und damit allenfalls schemenhaft umrissen werden. Ich positioniere sie hier in erster Linie, um sogleich zum zweiten für die RDT unabdingbaren Befragungsmodus überzuleiten: der Selbstbefragung.

Aus den bisherigen Ausführungen sollte deutlich geworden sein, dass der Antagonismus als latente Dimension des Sozialen niemals vollends auflösbar ist. Auch eine agonistische Gegnerschaft, die auf die Attribuierung des Gegenübers als existenzieller Bedrohung verzichtet, kann diesen Umstand nicht verhindern, sondern lediglich zähmen. So schlägt Mouffe vor, Demokratie als das ständige Ringen um die zentralen normativen Knotenpunkte „Freiheit“ und „Gleichheit“ zu deuten, wohlwissend, dass „es immer Meinungsverschiedenheiten über deren Bedeutung und die Art und Weise ihrer Verwirklichung geben“ wird (Mouffe 2007, S. 43). Gerade in Anbetracht der Wissenskrise, in der sich zunehmend mehr Menschen in politische Echokammern zurückziehen, scheinen sich die Diskurse und Lebenswelten allerdings in einem Maße auszudifferenzieren, dass nicht einmal ein Konsens darüber hergestellt werden kann, ob Demokratie mit der Anwendung von Gewalt zur politischen Willensdurchsetzung kompatibel ist. Ein entsprechendes Beispiel ist hier die rechte Verschwörungstheorie des „Großen Austausches“, die gewaltsamen Widerstand sowohl gegen „Fremde“ als auch gegen eine progressive Asyl- und Migrationspolitik rechtfertigt. Verschwörungstheorien etwa können – und sollten – aber nicht als bloße psychologische Verwirrung abgetan werden, sondern als identitätsstiftende Narrative, an die ihre Proponent*innen, so unerträglich dieser Umstand bisweilen wirken mag, tatsächlich glauben (Butter und Knight 2020, S. 2). So können sie gewissermaßen als konkretisierendes „Bindemittel“ zwischen populistischer Forderungsartikulation

und einem antagonistischen Narrativ verstanden werden, das seine identitätsstiftende Funktion gerade aus der Alternativhaftigkeit (oder Absurdität) dessen bezieht, was als „geheime Wahrheit“ offengelegt werden soll (Bergmann und Butter 2020, S. 334). Dass weder diese Narrative noch die mit ihr verbundenen Forderungen demokratisch sein müssen, bloß weil sie sich gegen eine „Elite“ erheben, ist, wie oben besprochen, evident. Doch verweisen sie auf tieferliegende demokratische Repräsentationsdefizite, aus denen nur durch die Flucht in diese Welten ein Entkommen möglich scheint. Alternativlose Politik produziert, so eine Erweiterung der zweiten These, alternative Fakten (Bogner 2023, S. 121), die wiederum, so die dritte These, in zwei Richtungen demokratiegefährdende Ausmaße annehmen können. Die Suche nach dem Gemeinsamen, dem Integrativen, scheint in dieser Hinsicht weder durch einen Rekurs auf geteilte Werte (Flügel-Martinsen 2022a, S. 570) noch unter der Etablierung eines schwachen Wahrheitsbegriffes, auf den man sich als „Minimalkonsens“ einigen könnte (Bogner 2023, S. 117), möglich oder erstrebenswert. Ebenso wenig überzeugend scheint ein strohmannartiger Verweis auf die Marktlogik des Kapitalismus als Wurzel allen Übels, wie Farkas und Schou sie letztlich auf Basis der RDT präsentieren (Farkas und Schou 2024, S. 179). Denn wenngleich die Neoliberalisierung und Individualisierung des gesellschaftlichen Lebens sicherlich strukturellen Anteil an diesen Polarisierungen haben – Torben Lütjen (2020, S. 24) rekurriert in diesem Kontext auf den Begriff der „paradoxen Individualisierung“ –, so stellt die Reduzierung auf eine pathologische Ökonomisierung aller Lebenswelten eine Verkürzung der demokratischen Repräsentationsproblematik dar: Die meisten Rechten treten eben nicht gegen „den Markt“, sondern gegen das Gendern, gegen Migrant*innen, gegen „den Feminismus“ auf. Die RDT gelangt hier an ihre Grenzen und zwingt sich damit gleichsam zur Selbstreflexion, die aber ihre besondere Stärke ausmacht: So erkennt zwar Markus Gabriel im Nachwort zu Boghossians prominenter Streitschrift *Angst vor der Wahrheit* „überzogene skeptische Selbstdementi“ in der sogenannten und nicht weiter spezifizierten „kritischen Theorie“, deren „Zynismus“ darin liege, dass sie „sich [...] notgedrungen für einen Teil der sozialen Ordnungen [hält], die sie entlarven möchte“ (Gabriel in Boghossian 2013, S. 138). Sie binde damit folglich ihre eigene Validität und Fähigkeit der Standpunktartikulation ab. Dieser Schluss ist meiner Einschätzung nach schlicht der Effekt eben jenes Wissens- und Wahrheitsverständnisses, das sich seiner eigenen Überlegenheit in Form „objektiv-faktischen Wissens“ frönt, anstatt seiner sozialen Genese nachzuspüren. Richtig ist: Auch die RDT kommt nicht umhin, Setzungen zu vollziehen, aber sie verschleiern diesen Umstand eben nicht. Im Gegenteil: Sie legt ihre inneren Paradoxien offen, ebenso wie ihre bisweilige Erscheinung als epistemisch „überlegener“ Ansatz. Sie befasst sich nicht nur befragend mit ihrer „Umwelt“, sondern vor allem auch mit sich selbst.

3.3 Zur Selbstkritik Radikaler Demokratietheorie

RDT steht nicht außerhalb demokratischer Praktiken, sie *ist* eine demokratische Praxis. Jede Sozialtheorie kann, zumindest retrospektiv, in gewisser Hinsicht als hegemoniales Projekt gelten (Townshend 2004): eingebettet in spezifische historische und theoretische Kontexte mit der Ambition, zu erklären, zu verstehen, zu dekon-

struieren oder zu kritisieren. Die RDT zeichnet sich dadurch aus, nicht einseitig Partei zu ergreifen für oder gegen postfaktische Diskurse, sondern in der Loyalität zur Demokratie Kritik an all jenen Diskursen zu üben, die diese Offenheit explizit oder implizit zu untergraben suchen. Dazu gehören, freilich, der Wille und die Befähigung der Selbstkritik.

Die RDT ist damit, ganz ihrem Selbstverständnis entsprechend, Gegenstand externer und interner Befragungen. Neben der Institutionenfrage, mit der sich insbesondere Mouffes Theorievariante regelmäßig konfrontiert sieht (Wallaschek 2017), steht seit einiger Zeit vor allem das sogenannte Normativitätsproblem auf der Agenda entsprechender Diskussionen (von Ramin 2021a, b; Buchstein 2020; Flügel-Martinsen 2022a), auf die ich mich hier exemplarisch fokussieren möchte. Demnach wird einerseits bezweifelt, ob die RDT, in Anbetracht ihrer Ablehnung universeller normativer Geltungsgründe, überhaupt selbst in der Lage sei, einen kritischen (und damit immer zumindest implizit normativen) Standpunkt zu vertreten (Flügel-Martinsen und Martinsen 2023, S. 134). Zum anderen wird ihr bisweilen vorgeworfen, selbst intransparent mit ihrer eigenen Normativität umzugehen, etwa wenn sie rechtsnationale Diskurse als prinzipiell nicht mit (radikal-)demokratischen Prämissen kompatibel ausweist (Flügel-Martinsen und Martinsen 2023, S. 134). Das Normativitätsproblem ist, so mein Argument, unmittelbar mit einer weiteren Problematik verbunden, nämlich mit der Frage der Vereinbarkeit alternativer Wissensformationen, wie Verschwörungstheorien, und RDT (von Ramin 2023). Die lückenhafte „Verbindung von epistemischen Grundlagen und den normativen Konsequenzen“ (von Ramin 2023, S. 209), die jüngst insbesondere von Buchstein (2020) moniert wurde, kann und wird in der multiplen Wissenskrise der Gegenwart zunehmend geschlossen: Seit den 2020er-Jahren haben entsprechende Untersuchungen, die sich dem Verhältnis von Normativität und epistemischer Positionierung der RDT widmen, quantitativ spürbar zugenommen (Bogner 2023; Farkas und Schou 2024; Martinsen und Flügel-Martinsen und Flügel-Martinsen 2021; von Ramin 2023). Ihre weitere Systematisierung offenbart das fremd- und selbstbefragende Moment kritischer Normativität, das die RDT aus meiner Sicht notwendig macht, um die gegenwärtigen Repräsentationsparadoxien post- und neofaktischer Diskurse offenzulegen.

In einem jüngeren, die Selbstbefragung öffnenden Artikel diagnostiziert Oliver Flügel-Martinsen, dass sich die RDT zunehmend einem Normalisierungsdruck ausgesetzt sieht: Analog zu Lefort, der die Politische Theorie (PT) einerseits, sozusagen „nach außen“ gegenüber der Disziplin als Ganzes verteidigen wollte, indem er ihren empirisch-analytischen Reduktionismus ablehnte, und andererseits, nach „innen“, gegen die immer latent mitschwingende Universalität normativer Politischer Theorie abzuschirmen versuchte (Lefort 1990), sieht Flügel-Martinsen gerade in jüngerer Zeit die implizite Forderung einer „Mainstreamisierung“ der RDT, die sich in der an sie herangetragenen Forderung der Artikulation eigener normativer und institutioneller Ordnungsvorschläge niederschlägt (Flügel-Martinsen 2022a, S. 559). Flügel-Martinsen argumentiert sodann, die zugrunde liegende Prämisse der Kontingenz stark machend, es sei eine „Fehlentscheidung“, die „Aufgabe der Reartikulation ebenso wie den Entwurf eines angemessenen institutionellen Rahmens und dessen normativer Prämissen zu einer Aufgabe von Theorie zu machen“ (Flügel-Martinsen 2022a, S. 569). Diese Folgerung ist, wie ich meine, teil-, wenn auch streitbar.

Teilbar ist sie in jedem Fall im Kontext eines extern an die PT und RDT herangetragenen Zwangs, sich doch mehr an den „traditionellen“ normativen Theorien, die schließlich klare normative Fundamente vorschlugen, zu orientieren – und damit ihre eigene Identität in jenem Sinne fixieren zu wollen. Ganz gewiss ist es nicht die Aufgabe der RDT, welche zweifelsohne kein Konzept stärker und umfassender beleuchtet als das der demokratischen Streitbarkeit¹⁴, irgendjemanden vor vollendete Tatsachen zu stellen, samt fertiger Entwürfe für eine „gute Ordnung“. Streitbar ist sie aber insofern, als sie den Eindruck erweckt, die RDT verstehe sich selbst – gerade aufgrund ihrer Kritik an normativen Begründungsangeboten – als frei von normativen Positionierungen. Dieser Eindruck hängt sich dabei an der von Buchstein im Theorieblog formulierten Kritik auf, wonach die RDT dazu neige, ihre eigenen normativen Prämissen zu verschleiern (Buchstein 2020). Gemeinsam mit Franziska Martinsen wendet Flügel-Martinsen dagegen ein, dass in ihrer Lesart der RDT ein Verständnis jener zum Tragen komme, das, im Kontrast zu Mouffes „normative[m] Postfundamentalismus“ (Hildebrand und Séville 2015, S. 28), eine Verschiebung gemeinhin als normative Leitkategorien deutbarer Konzepte wie „Pluralismus“ und „Deutungs Offenheit“ in Richtung einer kritisch-analytischen Intervention praktiziere – eben im Sinne der kritischen Befragung von „gegebenen“ normativen Prinzipien (Flügel-Martinsen und Martinsen 2023, S. 135–136). Flügel-Martinsen argumentiert emphatisch, in einer direkten Antwort auf Buchstein, dass die RDT zwar „tatsächlich keine normativen Kategorien begründen“ könne, aber sehr wohl „[n]ormativ wirksam“ sei (Flügel-Martinsen 2020a). So öffne bereits die Kontingenzdiagnose selbst ein breites Feld normativ-theoretischer Folgeerscheinungen (Flügel-Martinsen 2020a), aus denen heraus die kritische Befragung verschiedenster Positionen ermöglicht wird, ohne sich einseitig auf Grundlage fixer und konkreter normativer Prämissen in der kritischen Durchleuchtung einzuengen. Dass hier regelmäßig rechte Diskurse als demokratiesubversiv etikettiert werden, ist demnach also eine dieser normativen Konsequenzen, weil jene in besonderem Maße auf diskursiv-hegemoniale Vollschießungen hinarbeiten, die mit dem kontingenzsensiblen Ansatz der RDT schlicht unvereinbar sind – und zwar sowohl in konzeptuell-theoretischer wie auch normativer Hinsicht, denn es ist eben die Kontingenzdiagnose, aus der eine gewisse, wenngleich ambivalente Normativität ableitbar ist. Diesen inhärent reflexiven Charakter der RDT zu betonen und damit ihre ständige Hinter- und Selbstbefragung zu praktizieren, paradoxiert dabei jedoch gerade die Festlegung auf eine bestimmte Ordnung: Ihre kritische Normativität impliziert, dass sie selbst zwar stets in normative Kontexte eingebettet ist, aber eben auch, dass sie diese wiederum jederzeit befragen kann und muss. RDT ist eine intervenierende Praxis, in deren Zentrum die Befragung von Ordnungen steht, ohne deren spezifische Inhalte zu essentialisieren. Die RDT kann im Rahmen dieser Praxis jedoch durchaus als normative Theorie

¹⁴ Auch hier kann und sollte gestritten werden, inwieweit das für Theorien radikaler Demokratie zentrale Merkmal des gesellschaftlichen Antagonismus selbst zu einem unumstößlichen Faktum, also einer Essenz, erhoben wird. Nicht zuletzt behauptete Derrida, dessen Konzept der *Différance* für viele Theoretiker*innen die philosophische Grundlage des Antagonismusarguments darstellt, in einer durchaus als Transzendierung benennbaren Passage, dass *Différance* „nicht einfach ein Begriff, sondern die Möglichkeit der Begrifflichkeit, des Begriffsprozesses und -systems überhaupt“ sei (Derrida 1976, S. 16).

gelesen werden, da die Kontingenzdiagnose *evaluative* (also maßstabsanlegende) Elemente als auch *präskriptive* (handlungsanleitende) Kritikformen beherbergt.

Unabhängig davon, ob man dieser Argumentation folgt oder die RDT als strikt nichtnormative Theorie liest: Die Debatte um diese Unterscheidung mit Blick auf ihren selbstreflexiven, niemals vollständig außerhalb der normativen Ordnung stehenden Standpunkt ist ihr letztlich nur zuträglich, da es gerade jene scheinbar antinomische Situiertheit ist, die es ihr ermöglicht, kritisch zu operieren. Dies lässt sich im Anschluss an Frieder Vogelmann, der auf die feministische Standpunkttheorie Donna Haraways zurückgreift, näher ausführen: So ist die kritische Revolutionierung der Epistemologie in Richtung einer nichtrelativistischen Verortung und Verortbarkeit von Wissensformationen elementarer Bestandteil der von ihm verteidigten „radikalen Vernunftkritik“. Wenngleich die Kontingenzdiagnose mit einer Pluralisierung der Wissens- und Wahrheitsansprüche einherzugehen scheint, bedeutet dies „nicht, dass alle Formen von Vernunft gleich wären und wir indifferent gegenüber ihren Unterschieden sein müssten“ (Vogelmann 2021, S. 59). Vielmehr missachtet eine scheinbare Standpunktlosigkeit die „Unterhintergebarkeit des Vorverständnisses“ (Vasilache 2003, S. 78), von der aus erst die (selbst-)reflexive Befassung (und bisweilen auch Konfrontation) mit sich „selbst“ und dem „anderen“ ermöglicht wird (Vasilache 2003, S. 133–136). Auch wahrheitsskeptische Diskurse können sich demnach nicht auf die Unentscheidbarkeit allen Seins berufen, um sich damit des eigenen Standpunkts zu entziehen. Tatsächlich erkennt (gute) kritische akademische Praxis diesen Umstand, wie Vogelmann zeigt, explizit an und reflektiert in einem weiteren Schritt die sich aus diesem Umstand ergebenden, scheinbaren Paradoxien. Dies spiegelt sich im Diskurs um die RDT zweifellos wider, befragt sie sich doch selbst hinsichtlich ihrer eigenen Konstitution etwa als normativ/nichtnormativ oder positionshaft/positionslos – eine Selbstbefassung, die wiederum die Art und Weise berührt, wie sie die von ihr durchleuchteten Phänomene auf normativ-kritischer Ebene betrachtet.

Die kritische Normativität der RDT wird damit gerade in Zeiten der Potenzierung normativ-epistemischer Ansprüche notwendig, weil sie sich ihrer eigenen sozialen Genese und Kontingenz bewusst ist – und damit einen Befragungsrahmen offeriert, der ein Panorama der Kritik entfaltet. Die Frage des eigenen Standpunkts, wie Buchstein sie stellt, bedeutet dann – jedenfalls in einer „weichen“ Lesart – auch, dass die RDT es, aller Gegenargumente zum Trotz, in ihrem demokratischen Selbstverständnis aushalten muss, wenn sie mit dem hier zurückgewiesenen Vorwurf der Positionslosigkeit einerseits und der impliziten Normativität andererseits konfrontiert wird.

4 Schlussbemerkung: Zur Notwendigkeit der radikaldemokratischen Befragung im Zeitalter der multiplen Wissenskrise

Die multiple Wissenskrise der Gegenwart setzt nicht nur politische Autoritäten, sondern auch die politische und Demokratietheorie unter Druck. In den vergangenen Jahren wurde in diesem Zusammenhang das Argument revitalisiert, demzufolge „wahrheitsskeptische“, postobjektivistische Ansätze dem Postfaktischen Vorschub

leisteten und es, in einer Gegenbewegung dazu, wieder „echte“ Fakten durch unzweifelhafte, wissenschaftliche Erkenntnis brauche. Ich habe die Radikale Demokratietheorie (RDT) gegen diese Angriffe in Stellung gebracht, um anhand des ihr eingeschriebenen Modus der kritischen Befragung sowohl Diskurse des Postfaktischen als auch die ihnen gegenüberstehenden neofaktischen Epistemisierungen des Politischen der kritischen Durchleuchtung zu unterziehen. Dabei habe ich dafür plädiert, die RDT als Praxis kritischer Normativität zu verstehen, die nicht nur in der Lage ist, „postfaktische Welten“ zu denaturalisieren und hinsichtlich demokratischer Repräsentationsdefizite der Gegenwart zu kritisieren, sondern zugleich spiegelbildlich auch ihre eigene Ambivalenz gegenüber dem Normativen zu reflektieren.

Die Notwendigkeit der RDT schlägt sich in all jenen Praktiken nieder, die gegebene normativ-epistemische Ordnungen weder hinnehmen noch begründen, sondern hinsichtlich der ihnen eingeschriebenen Kontingenz, also politisch-hegemonialen Herstellungsform, erden wollen. Sie interveniert hier als spezifische Praxis demokratietheoretischer Befragung mit der Konsequenz, sich selbst der Kritik aussetzen zu müssen. Ihre Fähigkeit zur Selbstreflexion spiegelt dabei das für die RDT charakteristische Selbstverständnis als fundamentlose Gestaltgebung politisch reproduzierter Ordnungskämpfe wider (Lefort 1990, S. 284, 289) und leistet damit einen konsistenten Beitrag zu eben jener konstitutiven Offenheit. „Wir müssen“, wie Fabian Chmielewski (2021, S. 19) erinnert, „im Rahmen unserer ständigen Selbstkritik immer wieder der Versuchung widerstehen, unsere Konstruktionen für ewig, sicher, endgültig zu halten“. In Zeiten der multiplen Wissenskrise ist dieser Grundsatz umso dringlicher. Der Politischen Theorie im Allgemeinen wird dabei gerade in Anbetracht der vermehrten Wahrheitspluralisierung durch künstliche Intelligenz (KI) die Aufgabe zukommen, ihre politischen und speziell demokratischen Implikationen kritisch zu erforschen. Die Radikale Demokratietheorie liefert dazu, entgegen aller wiedererstarteten Kritik an kritischer akademischer Praxis, einen hochgradig selbstreflexiven, dadurch aber keineswegs positionslosen Rahmen der Befragung.

Danksagung Ich bedanke mich bei der Redaktion der PVS sowie den anonymen Gutachter*innen für ihre konstruktiven und wertvollen Hinweise. Weiterhin danke ich Andreas Vasilache für den stets aufgeschlossenen und sehr produktiven Austausch zu diesem Aufsatz. Meinen Kolleg*innen und Kommiliton*innen im Rahmen der Forschungswerkstatt der Bielefeld Graduate School in History and Sociology danke ich ebenfalls für ihren unvoreingenommenen und kritischen Blick auf frühe Entwürfe.

Funding Open Access funding enabled and organized by Projekt DEAL.

Open Access Dieser Artikel wird unter der Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz veröffentlicht, welche die Nutzung, Vervielfältigung, Bearbeitung, Verbreitung und Wiedergabe in jeglichem Medium und Format erlaubt, sofern Sie den/die ursprünglichen Autor(en) und die Quelle ordnungsgemäß nennen, einen Link zur Creative Commons Lizenz beifügen und angeben, ob Änderungen vorgenommen wurden. Die in diesem Artikel enthaltenen Bilder und sonstiges Drittmaterial unterliegen ebenfalls der genannten Creative Commons Lizenz, sofern sich aus der Abbildungslegende nichts anderes ergibt. Sofern das betreffende Material nicht unter der genannten Creative Commons Lizenz steht und die betreffende Handlung nicht nach gesetzlichen Vorschriften erlaubt ist, ist für die oben aufgeführten Weiterverwendungen des Materials die Einwilligung des jeweiligen Rechteinhabers einzuholen. Weitere Details zur Lizenz entnehmen Sie bitte der Lizenzinformation auf <http://creativecommons.org/licenses/by/4.0/deed.de>.

Literatur

- Adler, Emanuel, und Michael Faubert. 2022. Epistemic communities of practice. In *Conceptualizing international practices. Directions for the practice turn in international relations*, Hrsg. Alena Drieschova, Christian Bueger, und Ted Hopf, 47–76. Cambridge: Cambridge University Press.
- Allan, Bentley B. 2017. Producing the climate: states, scientists, and the constitution of global governance objects. *International Organization* 71(1):131–162.
- Arnold, Clara, und Samia Mohammed. 2020. Einleitung: Kritisches Denken als gemeinsame Praxis. In *Kritik in der Krise. Perspektiven politischer Theorie auf die Corona-Pandemie*, Hrsg. Clara Arnold, Oliver Flügel-Martinsen, Samia Mohammed, und Andreas Vasilache, 7–13. Baden-Baden: Nomos.
- Badino, Massimiliano, und Pietro Daniel Omodeo. 2021. For Gramsci: hegemony in the history and philosophy of science. In *Cultural hegemony in a scientific world. Gramscian concepts for the history of science*, Hrsg. Massimiliano Badino, Pietro Daniel Omodeo, 1–18. Leiden, Boston: Brill.
- Barkun, Michael. 2015. Conspiracy theories as stigmatized knowledge. *Diogenes* 62(3-4):114–120.
- Benhabib, Seyla. 1995. Feminism and Postmodernism. In *Feminist contentions. A philosophical exchange*, Hrsg. Seyla Benhabib, Judith Butler, Drucilla Cornell, und Nancy Fraser, 17–34. New York, London: Routledge.
- Bergmann, Eiríkur, und Michael Butter. 2020. Conspiracy theory and populism. In *Routledge handbook of conspiracy theories*, Hrsg. Michael Butter, Peter Knight, 330–343. London: Routledge, Taylor & Francis.
- Boghossian, Paul Artin. 2013. *Angst vor der Wahrheit: Ein Plädoyer gegen Relativismus und Konstruktivismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Bogner, Alexander. 2023. *Die Epistemisierung des Politischen: Wie die Macht des Wissens die Demokratie gefährdet*. Ditzingen: Reclam.
- Buchstein, Hubertus. 2020. Warum im Bestaunen der Wurzeln unter der Erde bleiben? Eine freundliche Polemik zu den radikalen Demokratietheorien anlässlich des Einführungsbuches von Oliver Flügel-Martinsen. <https://www.theorieblog.de/index.php/2020/10/buchforum-radikale-demokratietheorien-zur-einfuehrung/>.
- Buchstein, Hubertus, und Dirk Jörke. 2003. Das Unbehagen an der Demokratietheorie. *Leviathan* 31(4):470–495.
- Butter, Michael, und Peter Knight. 2020. General Introduction. In *Routledge handbook of conspiracy theories*, Hrsg. Michael Butter, Peter Knight, 1–8. London: Routledge, Taylor & Francis.
- de Certeau, Michel. 1984. *The practice of everyday life*. Berkeley: Univ. of California Press.
- Chmielewski, Fabian. 2021. Sphären der Wahrheit – Ein Plädoyer für Bescheidenheit. In *Zwischen Wahn und Wahrheit. Wie Verschwörungstheorien und Fake News die Gesellschaft spalten*, Hrsg. Michael C. Bauer, Laura Deinzer, 1–29. Berlin, Heidelberg: Springer.
- Christiaens, Tim. 2021. Biomedical technocracy, the networked public sphere and the biopolitics of COVID-19: notes on the Agamben affair. *Culture, Theory and Critique* 62(4):404–421.
- Cizek, Gregory J. 1996. The hegemony of the narrative: reflections on the contours of social science research. *The Review of Higher Education* 19(2):227–236.
- Comtesse, Dagmar, Oliver Flügel-Martinsen, Franziska Martinsen, und Martin Nonhoff. 2019. Einleitung. In *Radikale Demokratietheorie. Ein Handbuch*, Hrsg. Dagmar Comtesse, Oliver Flügel-Martinsen, Franziska Martinsen, und Martin Nonhoff, 12–22. Berlin: Suhrkamp.
- Derrida, Jacques. 1976. *Randgänge der Philosophie*. Frankfurt: Ullstein.
- Diez, Thomas. 2003. Postmoderne Ansätze. In *Theorien der Internationalen Beziehungen*, Hrsg. Siegfried Schieder, Manuela Spindler, 449–476. Wiesbaden: VS.
- Douglas, Karen M., Joseph E. Uscinski, Robbie M. Sutton, Aleksandra Cichocka, Turkay Nefes, Chee Ang Siang, und Farzin Deravi. 2019. Understanding conspiracy theories. *Political Psychology* 40(S1):3–35.
- Dubié, Helmut. 1998. Cultivated conflicts. *Political Theory* 26(2):209–220.
- Farkas, Johan, und Jannick Schou. 2018. Fake news as a floating signifier: hegemony, antagonism and the politics of falsehood. *Javnost—The Public* 25(3):298–314.
- Farkas, Johan, und Jannick Schou. 2024. *Post-truth, fake news and democracy: mapping the politics of falsehood*. New York: Routledge.
- Flügel-Martinsen, Oliver. 2020a. Wer kann einer so freundlich-polemischen Gesprächseinladung schon widerstehen? Eine Replik auf Hubertus Buchsteins Kritik radikaler Demokratietheorien. <https://www.theorieblog.de/index.php/2020/10/buchforum-radikale-demokratietheorien-zur-einfuehrung-2/>.

- Flügel-Martinsen, Oliver. 2020b. Zeit der Pandemie, Zeit der harten Wissenschaften? Über einen fatalen Fehlschluss und die Perspektiven einer kritischen politischen Theorie der Pandemie. In *Kritik in der Krise. Perspektiven politischer Theorie auf die Corona-Pandemie*, Hrsg. Clara Arnold, Oliver Flügel-Martinsen, Samia Mohammed, und Andreas Vasilache, 183–195. Baden-Baden: Nomos.
- Flügel-Martinsen, Oliver. 2021. *Kritik der Gegenwart: Politische Theorie als kritische Zeitdiagnose*. Bielefeld: transcript.
- Flügel-Martinsen, Oliver. 2022a. Radikale Demokratietheorie unter Normalisierungsdruck. *Leviathan* 50(4):557–576.
- Flügel-Martinsen, Oliver. 2022b. Reflexive Kritik: Überlegungen zum Verhältnis von Normativität, Politischer Theorie und Politikwissenschaft. In *Vom Nutzen und Nachteil der Politischen Theorie und Ideengeschichte*, Hrsg. Oliver Flügel-Martinsen, Dirk Jörke, 175–194. Nomos.
- Flügel-Martinsen, Oliver, und Franziska Martinsen. 2023. Kritik der Demokratie – demokratische Kritik. Radikale Demokratietheorien und Normativität. In *Transformationen des Politischen. Radikaldemokratische Theorien für die 2020er-Jahre*, Hrsg. Lucas von Ramin, Karsten Schubert, Vincent Gengnagel, und Georg Spoo, 129–144. Bielefeld: transcript.
- Foucault, Michel. 2005. *Schriften in vier Bänden: Dits et Ecrits, Band IV (1980–1988)*. Frankfurt: Suhrkamp.
- Fuller, Steve. 2018. *Post-truth: knowledge as a power game*. London New York: Anthem Press.
- Habermas, Jürgen. 1982. *Handlungsrationalität und gesellschaftliche Rationalisierung*. Theorie des kommunikativen Handelns, Bd. I. Frankfurt a. M.: Suhrkamp.
- Habermas, Jürgen. 1985. *Der philosophische Diskurs der Moderne: Zwölf Vorlesungen*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Harambam, Jaron, und Stef Aupers. 2015. Contesting epistemic authority: conspiracy theories on the boundaries of science. *Public understanding of science (Bristol, England)* 24(4):466–480.
- Herschinger, Eva, Kemal Bozay, Magdalena von Drachenfels, Oliver Decker, und Christian Joppke. 2020. A threat to open societies? Conceptualizing the radicalization of society. *International Journal of Conflict and Violence* 14(2):1–16.
- Hildebrand, Marius, und Astrid Séville. 2015. Populismus oder agonale Demokratie? Bruchlinien der theoretischen Symbiose von Laclau und Mouffe. *Politische Vierteljahresschrift* 56(1):27–43.
- Hoggan-Kloubert, Tetyana, und Chad Hoggan. 2023. Post-truth as an Epistemic crisis: the need for rationality, autonomy, and pluralism. *Adult Education Quarterly* 73(1):3–20.
- Hoyningen-Huene, Paul. 2009. Systematizität als das, was Wissenschaft ausmacht. *Information Philosophie* 37(1):22–27.
- Hoyningen-Huene, Paul. 2013. *Systematicity: The Nature of Science*. Oxford New York Auckland: Oxford University Press.
- Kakutani, Michiko. 2018. *The death of truth: notes on falsehood in the age of trump*. New York: Tim Duggan Books.
- Kneer, Georg. 2013. Die Analytik der Macht bei Michel Foucault. In *Macht und Herrschaft*, Hrsg. Peter Imbusch, 265–183. Wiesbaden: Springer.
- Knorr-Cetina, Karin. 1981. *The manufacture of knowledge: an essay on the Constructivist and contextual nature of science*. Oxford: Pergamon Press.
- Knorr-Cetina, Karin. 1991. Epistemic cultures: forms of reason in science. *History of Political Economy* 23(1):105–122.
- Koos, Sebastian. 2021. *Die „Querdenker“. Wer nimmt an Corona-Protesten teil und warum? : Ergebnisse einer Befragung während der „Corona-Proteste“ am 04.10.2020 in Konstanz*
- Laclau, Ernesto. 1990. *New reflections on the revolution of our time*. London: Verso.
- Laclau, Ernesto, und Chantal Mouffe. 2020. *Hegemonie und radikale Demokratie: Zur Dekonstruktion des Marxismus*. Wien: Passagen Verlag.
- Latour, Bruno, und Steve Woolgar. 1986. *Laboratory life: the construction of scientific facts*. Princeton: Princeton University Press.
- Lefort, Claude. 1990. Die Frage der Demokratie. In *Autonome Gesellschaft und libertäre Demokratie*, Hrsg. Ulrich Rödel, 281–297. Frankfurt: Suhrkamp.
- Levitsky, Steven, und Daniel Ziblatt. 2018. *Wie Demokratien sterben: Und was wir dagegen tun können*. München: Deutsche Verlags-Anstalt.
- Lütjen, Torben. 2020. *Amerika im Kalten Bürgerkrieg: Wie ein Land seine Mitte verliert*. Darmstadt: wbg.
- Lyotard, Jean-François. 1994. *Das postmoderne Wissen. Ein Bericht*, 3. Aufl., Wien: Passagen Verlag.
- Marchart, Oliver. 2013a. *Das unmögliche Objekt: Eine postfundamentalistische Theorie der Gesellschaft*. Berlin: Suhrkamp.

- Marchart, Oliver. 2013b. *Die politische Differenz: Zum Denken des Politischen bei Nancy, Lefort, Badiou, Laclau und Agamben*. Berlin: Suhrkamp.
- Martinsen, Franziska, und Oliver Flügel-Martinsen. 2021. Befragung der Wahrheit. Wahrheitsskepsis und radikale Demokratietheorie. In *Demokratie und Wahrheit*, Hrsg. Frieder Vogelmann, Martin Nonhoff, 101–117. Nomos.
- Mejia, Robert, Kay Beckermann, und Curtis Sullivan. 2018. White lies: a racial history of the (post)truth. *Communication and Critical/Cultural Studies* 15(2):109–126.
- Mouffe, Chantal. 2007. *Über das Politische: Wider die kosmopolitische Illusion*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal. 2014. *Agonistik: Die Welt politisch denken*. Berlin: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal. 2018a. *Das demokratische Paradox*. Wien Berlin: Turia + Kant.
- Mouffe, Chantal. 2018b. *Für einen linken Populismus*. Berlin: Suhrkamp.
- Mouffe, Chantal. 2023. *Eine Grüne demokratische Revolution: Linkspopulismus und die Macht der Affekte*. Berlin: Suhrkamp.
- Münch, Richard. 2016. Kapital und Arbeit im akademischen Shareholder-Kapitalismus: Fatale Allianzen auf dem deutschen Sonderweg zur wissenschaftlichen Exzellenz. *Soziologie* 45(4):412–440.
- Nichols, Thomas M. 2017. *The death of expertise: the campaign against established knowledge and why it matters*. Minneapolis: Oxford University Press.
- Nieto-Galan, Agustí. 2011. Antonio Gramsci revisited: historians of science, intellectuals, and the struggle for hegemony. *History of Science* 49(4):453–478.
- Pera, Marcello. 2000. Rhetoric and scientific controversies. In *Scientific controversies: philosophical and historical perspectives*, Hrsg. Peter K. Machamer, Marcello Pera, und Aristeidēs Baltas, 50–66. New York: Oxford University Press.
- von Ramin, Lucas. 2021a. Die Substanz der Substanzlosigkeit: Das Normativitätsproblem radikaler Demokratietheorie. *Leviathan* 49(3):337–360.
- von Ramin, Lucas. 2021b. Politiken der Wahrheit: Normative Probleme postfundamentalistischer Theoriebildung. In *Demokratie und Wahrheit*, Hrsg. Frieder Vogelmann, Martin Nonhoff, 119–138. Nomos.
- von Ramin, Lucas. 2023. Demokratie und Verschwörungstheorien. *Zeitschrift für Praktische Philosophie* 9(2):199–226.
- von Ramin, Lucas, Karsten Schubert, Vincent Gengnagel, und Georg Spoo. 2023. Transformation des Politischen: Radikale Demokratietheorie zwischen Transformationsbedarf und Normalisierungsdruck. In *Transformationen des Politischen. Radikaldemokratische Theorien für die 2020er-Jahre*, Hrsg. Lucas von Ramin, Karsten Schubert, Vincent Gengnagel, und Georg Spoo, 7–40. Bielefeld: transcript.
- Rancière, Jacques. 2002. *Das Unvernehmen: Politik und Philosophie*. Frankfurt am Main: Suhrkamp.
- Reder, Michael. 2023. Radikale Demokratie. In *Rawls-Handbuch. Leben – Werk – Wirkung*, Hrsg. Johannes J. Frühbauer, Michael Reder, Michael Roseneck, und Thomas M. Schmidt, 655–660. Stuttgart: J.B. Metzler.
- Rüb, Friedbert W., und Holger Straßheim. 2012. Politische Evidenz – Rechtfertigung durch Verobjektivierung? In *Der Aufstieg der Legitimitätspolitik*, Hrsg. Christopher Daase, Anna Geis, und Frank Nullmeier, 377–398. Nomos.
- Scheuerman, William E. 2019. Die Krise der liberalen Demokratie: Was ein in Vergessenheit geratener ‚Frankfurter‘ uns lehren kann. In *Kritische Theorie der Politik*, Hrsg. Ulf Bohmann, Paul Sörensen, 84–109. Berlin: Suhrkamp.
- Seidman, Steven. 1994a. Introduction. In *The postmodern turn. New perspectives on social theory*, Hrsg. Steven Seidman, 1–23. Cambridge: Cambridge University Press.
- Seidman, Steven (Hrsg.). 1994b. *The postmodern turn: New perspectives on social theory*. Cambridge: Cambridge University Press.
- Selk, Veith. 2023. *Demokratiedämmerung. Eine Kritik der Demokratietheorie*. Berlin: Suhrkamp.
- Shapiro, Ben. 2019. *Facts don't care about your feelings*. Hermosa Beach: Creators Publishing.
- Shapiro, Michael J. 1992. *Reading the postmodern polity: political theory as textual practice*. Minneapolis: Univ. of Minnesota Press.
- Sidky, H. 2021. *Science and anthropology in a post-truth world: A critique of unreason and academic nonsense*. Lanham Boulder New York London: Lexington Books.
- Silva, Guillermo, und Cristina Higuera. 2021. Political Theology and COVID-19: Agamben's Critique of Science as a New ‚Pandemic Religion‘. *Open Theology* 7(1):501–513. <https://doi.org/10.1515/opth-2020-0177>.
- Skudlarek, Jan. 2021. Die „Plandemie“: Verschwörungserzählungen und Wahrheitsprobleme in der Coronapandemie. In *Zwischen Wahn und Wahrheit. Wie Verschwörungstheorien und Fake News die Gesellschaft spalten*, Hrsg. Michael C. Bauer, Laura Deinzer, 137–158. Berlin, Heidelberg: Springer.

- Stern TV. 2021. Querdenker-Demo: ‚Ich lass mir keine Brühe injizieren!‘. <https://www.youtube.com/watch?v=urhIA0HgbBU>.
- Straßheim, Holger. 2023. Ironie der Evidenz: Politisch-epistemische Verdeckung: das Beispiel der randomisierten Kontrollstudien. In *Verdeckungen*, Hrsg. Saskia Bender, Oliver Flügel-Martinsen, und Michaela Vogt, 83–109. Bielefeld: Bielefeld University Press, transcript.
- Tagesschau. 2024. ARD-Faktenfinder. <https://www.tagesschau.de/faktenfinder>.
- Townshend, Jules. 2004. Laclau and Mouffe's hegemonic project: the story so far. *Political Studies* 52(2):269–288.
- Vasilache, Andreas. 2003. *Interkulturelles Verstehen nach Gadamer und Foucault*. Frankfurt am Main: Campus.
- Vogelmann, Frieder. 2021. Realismus statt Kritik? Eine Verteidigung radikaler Vernunftkritik. In *Demokratie und Wahrheit*, Hrsg. Frieder Vogelmann, Martin Nonhoff, 45–72. Nomos.
- Vogelmann, Frieder, und Martin Nonhoff. 2021a. Wahrheit und Demokratie: Zum Stand einer schwierigen Beziehung. In *Demokratie und Wahrheit*, Hrsg. Frieder Vogelmann, Martin Nonhoff, 7–19. Nomos.
- Vogelmann, Frieder, und Martin Nonhoff (Hrsg.). 2021b. *Demokratie und Wahrheit*. Nomos.
- Wagner, Hedwig. 2018. Europäische Union und digitale Gouvernementalität. In *Staat, Internet und digitale Gouvernementalität*, Hrsg. Lorina Buhr, Stefanie Hammer, und Hagen Schölzel, 167–180. Wiesbaden: Springer.
- Wallaschek, Stefan. 2017. Chantal Mouffe und die Institutionenfrage. *Zeitschrift für Politische Theorie* 8(1):3–22.
- Wischner, Johanna. 2023. Wissenskrise als Wahrheitskrise: Postmoderne Wahrheitskritik gegen den Strich gelesen. In *Wissenskrisen – Krisenwissen. Zum Umgang mit Krisenzuständen in und durch Wissenschaft und Technik*, Hrsg. Julia Engelschalt, Jason Lemberg, Arne Maibaum, Andie Rothenhäusler, und Meike Wiegand, 19–33. Bielefeld: transcript.

Hinweis des Verlags Der Verlag bleibt in Hinblick auf geografische Zuordnungen und Gebietsbezeichnungen in veröffentlichten Karten und Institutsadressen neutral.